Preis 10 Pfennig. Preis 10 Pfennig.

Die Rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 20. Freitag, den 29. November 1918. 1. Jahrgang.

Unsere nächsten Aufgaben.

Nicht von unseren Endzielen, sondern von unseren nächsten Aufgaben wollen wir sprechen. Denn wo es sich nur um Worte handelt, da könnte man heute fast meinen, daß alle Deutschen von Hindenburg, der sich dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlins zur Verfügung stellte, bis Liebknecht und noch viele nur ein Ziel haben: den Sozialismus. Wo es sich aber um die Wege handelt, die heute und morgen im politischen Kampf eingeschlagen werden sollen, da trennen sich die Geister, da offenbaren sich die tiefen Gegensätze, die die kapitalistische Gesellschaft zerklüften. — Von diesen Wegen also wollen wir reden, von den Aufgaben, die wir internationale Kommunisten, insbesondere heute, morgen und alle Tage zu erfüllen haben, bis zur Eroberung der politischen Macht durch den fortgeschrittensten Teil des Proletariats.

Um unsere Aufgaben zu erkennen, müssen wir uns zunächst klar werden über das Wesen der jetzigen Bewegung auf der Stufe der Entwicklung, auf der sie sich heute befindet. Erst aus einer solchen klaren Erkenntnis heraus kann sich für uns ergeben, was wir zunächst zu tun, welche Entwicklungstendenzen wir zu steigern und zu beschleunigen haben.

Die allgemeine Volksbewegung, die im Anfang November fast im ganzen deutschen Reich hochschlug, war von vornherein ihrem Ursprung nach eine ganz allgemeine Bewegung für den Frieden. Wohl verstanden: nicht für den Frieden, nicht für irgendeinen bestimmten Frieden, auch nicht gegen den Krieg, sondern einfach eine Volksbewegung gegen jeden Krieg, gegen jeden Kampf — für Frieden, irgendeinen Frieden.

Jede revolutionäre Bewegung ist getragen von einem allgemeinen Willen zum Kampf — die deutsche Bewegung dagegen war gegen jeden Kampf, gegen den Kampf als solchen gerichtet.

Sie war eine Bewegung nicht nur gegen den nationalen Krieg der Völker untereinander, sondern sie stellt sich heraus als eine Bewegung gegen den Krieg der proletarischen Revolution gegen das Kapital — sie war auf der einen Seite gegen die Träger des alten Regimes, gegen die Träger des Weltkrieges gerichtet — auf der anderen Seite aber wandte sie sich sofort mit gleicher Energie gegen die Träger des zukünftigen Regimes, gegen die Täger der Weltrevolution.

Der Augenblick, die ganze politische Lage, in der diese Bewegung emporschlug, sind auch ihrerseits ganz kennzeichnend für ihren Charakter. Gewiß, auch die erste russische Revolution brach in dem Augenblick einer starken militärischen Niederlage aus, aber das Rußland vom Frühjahr 1917 war noch lange nicht gänzlich militärisch gebrochen, der russische Imperialismus, die Schichten des Bürgertums, auf die es sich stützte, waren noch kriegsbereit.

Gewiß, auch die erste russische Revolution war weit davon entfernt, eine proletarische Revolution zu sein, aber sie unterschied sich doch dadurch ganz wesentlich von der jetzigen deutschen Bewegung, daß sie vom Kampfwillen getragen war — sei es auch nur von dem Kampfwillen zum Sturz des Zarismus — dadurch, daß sie mit starken Widerständen von seiten gewisser Schichten des Bürgertums rechnen mußte und zu rechnen wußte. Insofern diese erste russische Bewegung von einem ganz allgemeinen Kampfwillen getragen war, war ihr Charakter revolutionär.

Ganz anders verhielt sich das in der bisherigen deutschen Bewegung. Die Massen, von denen sie getragen war, hatten mit keinerlei ernstlichem Widerstande zu rechnen, insofern sie für den sofortigen Frieden kämpften: vom großen Hauptquartier aus war durch das Friedensangebot das Signal zu dieser Bewegung gegeben worden, der deutsche Militarismus hatte sich vor aller Welt bankerott erklärt, die breitesten Schichten des liberalen deutschen Bürgertums verlangten die sofortige und radikale Demokratisierung Deutschlands. Die Handvoll allgeutscher Fanatiker blieben vereinsamt auf dem politischen Kampffelde stehen. Außer ihnen stand ganz Deutschland geschlossen in Reih und Glied — nur im Willen zum Frieden, zur Beendigung der Herrschaft von Gottes Gnaden, zum Aufbau der Demokratie.

So konnte keine Rede davon sein, daß die allgemeine Volksbewegung einen revolutionären Charakter auch nur im Sinne der ersten russischen Revolution trug. Sie war konterrevolutionär in ihrer Tendenz, die Interessen des Bürgertums auch als die des Proletariats erscheinen zu lassen, konterrevolutionär in der Parole „Friede" und „Demokratie", unter der sie vor sich ging, konterrevolutionär in der Einheitlichkeit der Aktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die sie zunächst mit sich brachte, konterrevolutionär in ihrer Richtung gegen den russischen Bolschewismus, dem Träger der Weltrevolution.

Aus diesem Wesen der Bewegung ergaben und ergeben sich sofort die unmittelbaren Aufgaben der internationalen Kommunisten.

So mußten wir bei Ausbruch der Bewegung von vornherein der Parole „Frieden" die Erklärung entgegensetzen: wir kennen keinen absoluten Frieden. Wir kennen nur den Machtfrieden der imperialistischen Großmächte untereinander, der in strenger Konsequenz zu neuen unerhörten Rüstungen, zu einem neuen Weltkrieg führen muß — und den Frieden des siegreichen internationalen Proletariats untereinander, den Frieden des Sozialismus. Dieses aber ist die selbstverständliche Folge des Sieges des revolutionären Proletariats der Welt. Und nur diesen Frieden können wir erstreben. Seine Vorbedingung aber ist der siegreiche Kampf des Proletariats aller Länder um die politische Macht, der erbittertste Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Deshalb kann unsere Parole niemals „Frieden" lauten, sondern nur Kampf — revolutionären Klassenkampf.

Inzwischen haben sich die Dinge in den letzten 14 Tagen sehr viel weiter entwickelt. Heute genügt es längst nicht mehr, der Parole „Frieden" unsere Parole „revolutionärer Klassenkampf" entgegenzustellen. Diese ganz allgemeine Losung ist überholt von der Entwicklung. Heute gilt es, im einzelnen die Wege aufzuweisen, die zur Durchführung des Klassenkampfes eingeschlagen werden müssen.

Wir haben oben nachgewiesen, daß die bisherige Bewegung keine proletarische Klassen-, sondern eine ganz allgemeine Volksbewegung war. Allein aus dieser Volksbewegung drängen sich schon jetzt überall die Keime des kommenden klaren Klassenkampfes hervor. In allen von der Volksbewegung eingesetzten Institutionen beginnen sich die Gegensätze zu offenbaren, die für einen Augenblick durch das Zusammengehen der Bürgerlichen, einschließlich der Sozialpatrioten, mit den Unabhängigen verdeckt wurden, überall entbrennt schon jetzt aufs neue der Kampf zwischen den verräterischen Sozialpatrioten, die unter sozialdemokratischer Phrase für die Rettung der Klassenherrschaft des Bürgertums kämpfen. Um diese Klassenherrschaft noch länger am Leben erhalten zu können, geben sie in Gemeinschaft mit den Bürgerlichen die Parole „Einheit — Demokratie — Vertrauen zu der Regierung Ebert—Haase" aus. Der Kampf gegen diese Parolen, die Aktion gegen ihre Durchführung, die unaufhörliche Aufklärung der Arbeitermassen über ihren wahren Sinn, ihre politischen Konsequenzen — das sind unsere nächsten Aufgaben.

Die Parole „Einheit" bedeutet nichts weiter, als Heranziehung des Proletariats zur Stütze der Klassenherrschaft der Bourgeoisie — sie bedeutet den klaren Willen des Bürgertums und seiner Vertreter, das Proletariat keinesfalls zur Bildung selbständiger Institutionen, keinesfalls zu selbständigen Aktionen kommen zu lassen. Sie bedeutet die Absicht, noch einmal die Kräfte aller Gesellschaftsklassen im ausschließlichen Interesse der Bourgeoisie zusammenzufassen, sie bedeutet den Versuch, alles in Bewegung zu setzen, alle erdenklichen Konzessionen zu machen, um den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu verhindern, der allein den Sozialismus bringen kann.

Das Wesen der Parole „Demokratie" ist ein ganz ähnliches. Demokratie ohne die restlose vollendete Sozialisierung der Gesellschaft ist ein Unding, ein Widersinn — eine Phrase, die nur gebraucht wird, um die Arbeiterklasse noch einmal zu den Zwecken der Bourgeoisie mißbrauchen zu können. Eine Demokratie ist nicht anders denkbar, als auf der Grundlage völlig gleicher ökonomischer Bedingungen für alle Volksgenossen — nicht anders, als auf dem Boden völlig gleicher wirtschaftlicher Interessen. Diese Gleichheit ist vor der völligen Sozialisierung der Gesellschaft ganz unmöglich. Die Durchführung aber der politischen Demokratie auf der heutigen Stufe der Entwicklung würde nichts anderes bedeuten, als eine letzte Erneuerung der Diktatur des Bürgertums über das Proletariat.

„Demokratie" — gleiches Wahlrecht für alle im Zeitalter der höchsten politischen Reife der Bourgeoisie — im Zeitalter des erst sich entwickelnden Klassenbewußtseins in den Arbeitermassen, bedeutet die Herrschaft des politisch weit überlegenen und mit riesigen Machtmitteln ausgerüsteten Bürgertums über das Proletariat.

Wir möchten einmal fragen: Hat es denn auch nur innerhalb des Bürgertums jemals eine wirkliche Demokratie gegeben? Waren denn wenigstens alle Schichten des Bürgertums politisch gleichberechtigt? Hatten sie wenigstens gleiche politische Macht? Die Antwort lautet: Nein! Auch innerhalb des Bürgertums hat es niemals eine Demokratie gegeben. Vielmehr war es so, daß schon lange die extremen Vertreter der Bourgeoisie, die Großgrundbesitzer, die Schwerindustrie und die Großfinanz die Diktatur nicht nur über das Proletariat, sondern auch über alle andern Schichten ihrer eigenen Klasse ausübten. Und im Klasseninteresse der Bourgeoisie war diese Diktatur auch den eigenen Klassengenossen gegenüber durchaus berechtigt.

Jetzt schreit das gesamte Bürgertum nach Demokratie. Es kennt den wahren Sinn dieser Parole. Es weiß, daß hier die letzte Möglichkeit liegt, seine Klassenherrschaft noch etwas länger zu erhalten.

Wir aber wollen keine Demokratie. Der Diktatur der Großgrundbesitzer, der Schwerindustrie und der Großfinanz, d. h. der politisch reifsten und ökonomisch machtvollsten Schichten des Bürgertums wollen wir die Diktatur des politisch reifsten und ökonomisch mächtigsten Teiles der Arbeiterschaft, des industriellen Proletariats entgegenstellen. Zwischen diesen beiden extremen Polen der alten Klassengesellschaft des Kapitalismus wird und muß der erbitterste Kampf entbrennen — in diesem Kampf erst wird die Entscheidung gefällt werden; nur dieser Kampf kann und wird zum Sozialismus führen.

Die jetzigen Machthaber predigen weiter auch das Vertrauen zu der Regierung Ebert—Haase, das organisatorische Zusammengehen aller lokalen Regierungsorgane unter der Führung Berlins.

Wir werden uns noch an anderer Stelle ganz ausführlich mit dem Problem: „Zentralisation oder Dezentralisation" beschäftigen. Für heute genüge dieses: Die Losung: Vertrauen zu dieser Regierung — einheitliche Unterwerfung unter ihre Direktiven, bedeutet auch ihrerseits nichts anderes, als auch einen Versuch, noch einmal in Berlin, in den Händen der offenen und versteckten Vertreter der Interessen des Bürgertums alle Fäden zusammenzufassen, noch einmal die Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu unterbinden.

Unsere nächsten Aufgaben, wie sie aus der hier gegebenen Analyse folgen, sind also diese: an Stelle der künstlich konstruierten Einheit die Spaltung zu setzen, die restlose und schroffste Loslösung der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie und deren Vertretern; daher die Entfernung aller nicht proletarischen Elemente aus allen Regierungsinstitutionen. An Stelle der künstlich erhaltenen Ruhe und Ordnung im Lande, unter deren Decke die größte Unruhe und die größte Unordnung gewaltsam zurückgehalten und verborgen werden, um einmal desto furchtbarer hochzubrechen, den offenen Kampf des revolutionären Proletariats gegen das gesamte Bürgertum — von Hindenburg bis Haase — zu setzen.

An Stelle der von den Bürgerlichen jetzt plötzlich so heißersehnten Demokratie, die in Wahrheit die Diktatur der Bourgeoisie bedeutet, die offene und unverhüllte Diktatur des industriellen Proletariats zu setzen und diese aufrechtzuerhalten bis zur restlosen Vollendung der Sozialisierung — bis zur Auflösung aller Gesellschaftsklassen in eine einzige Klasse von Arbeitern.

L. K.

Demonstrationen in England.

Einer Reutermeldung zufolge veröffentlicht die britische Arbeiterpartei ein Manifest zu den bevorstehenden Parlamentsneuwahlen. Sie fordert darin einen Frieden der gemeinsamen internationalen Arbeit, erklärt sich gegen die Fortführung der Geheimdiplomatie und gegen jede Form von Wirtschaftskrieg. Ferner fordert sie als wesentlichen Teil des Friedensvertrages die Aufstellung eines internationalen Arbeiterprogramms, das dem Programm des Völkerbundes eingeordnet werden soll, und lehnt jede Intervention zugunsten der Reaktion auf dem Kontinent ab, insbesondere wird sofortige Zurücknahme der alliierten Truppen in Rußland verlangt.

Das Manifest ist zweifellos sehr schön; es fragt sich nur, ob die englischen Arbeiter bereit sind, einen Finger krumm zu machen, um es durchzusetzen.

Eberts Hochverrat an der Revolution.

Das französische Regierungsorgan der „Temps" schreibt in seiner Nummer vom 16. November 1918:

„... Der Präsident Wilson hat wahrscheinlich die deutschen Hintergedanken durchschaut, als er sich hütete, direkt mit Herrn Ebert auf drahtlosem Wege zu korrespondieren. Er hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung antworten lassen und hat unverzügliche Absendung von Lebensmitteln nicht versprochen. Aber er hat sagen lassen, daß er bereit ist, „sich unmittelbar mit der deutschen Regierung zu verständigen unter der Bedingung, daß er die Versicherung erhalte, daß die öffentliche Ordnung in hinreichendem Maße in Deutschland besteht und künftig wird aufrechterhalten werden."

Diese Antwort wirft eine neue Frage auf:

Die von Herrn Wilson gestellte Bedingung ist nicht von ihm erfunden. Sie ist bei ihm angeregt worden (lui avait été sugerée) durch den deutschen Reichskanzler in Person, der, als er Amerika bat, Deutschland unverzüglich Nahrungsmittel zuzuführen, Sorge getragen hatte, hinzuzufügen: „unter der Bedingung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel garantiert wird."

Als Herr Ebert anbot, diese Bedingung seinen Mitbürgern aufzuerlegen, dachte er nicht allein daran, sein Land zu verpflegen — hätte er nur das Ziel im Auge gehabt, so hätte er nicht von sich aus eine Einschränkung in Anregung gebracht — sondern er suchte auch seine Regierung zu festigen. Gegenüber den oppositionellen Sozialisten und selbst gegenüber seinen Kollegen von der Minderheitsfraktion, mit denen die Macht zu teilen er heute gezwungen ist, hatte er eine mächtige Waffe, wenn er sagen konnte: „Deutschland wird Lebensmittel nur erhalten, wenn ihr mich die Ordnung aufrechterhalten laßt, so, wie ich sie auffasse."

Mit aller Bestimmtheit hat der Präsident der Vereinigten Staaten nicht die Absicht gehabt, weder Herrn Ebert, noch Herrn Solf, noch Herrn Erzberger ein solch furchtbares Zwangsmittel zu liefern.

Aber es wäre erstaunlich, wenn die Mehrheitssozialdemokraten und ehemaligen Diener Wilhelms II. sich nicht beeilten, mit ihrer gewohnheitsmäßigen Unehrlichkeit die Antwort auszubeuten, die ihnen Herr Wilson in loyaler Spontanität gegeben hat. ...

In Deutschland pocht der Hunger an die Tür. In einem vierjährigen Krieg sind die Vorräte aufgezehrt worden, bis aufs Letzte. Es ist kein Körnchen mehr im Deutschen Reich, das übrig ist; jedes Körnchen der Entente, das wuchs, war schon gezählt und in den Verteilungsplan eingestellt, ehe es reif geworden. Die Ernte ist jetzt gemähen. Zwar hatte die alte konservative Regierung verkündet und durch ihre sozialdemokratischen Lakaien weiterverkünden lassen, die Ernte sei ausgezeichnet. Man kannte das Lied. Die Ernte war ja jedes Jahr im Herbste ausgezeichnet gewesen, und erst im Frühjahr, wenn die Kohlrüben kamen und die gestreckten Brotrationen, bequemten sich auch die Regierungsstellen zu dem Geständnis, daß die Ernte eine Mißernte gewesen sei. So folgten die Dinge einander: man begann sie als Schickung zu nehmen, wie es Schickung ist, ob es regnet oder ob die Sonne scheint.

Und die Folgen blieben nicht aus. Der „Vorwärts" selbst veröffentlicht in seiner Nummer von gestern die grauenhaften Folgen der Politik vom „Durchhalten", die er und seinesgleichen vier Jahre lang anderen gepredigt haben. In Berlin ist: die Zahl der Geburten vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1917 gesunken von 42 493 auf 19 458, die Zahl der Todesfälle gestiegen von 28 067 auf 34 122 (ohne die Gefallenen und im Lazarett Gestorbenen). Hatte im Jahre 1913 die Zahl der Lebendgebarenen in Berlin die der Gestorbenen um 12 766 überragt, so überragte umgekehrt im Jahre 1917 die Zahl der Toten die der Geborenen um 15 397.

Das ist der gesundheitliche Zusammenbruch eines ganzen Volkes und, vielleicht gepackt von diesen Folgen seiner eigenen Tat, fragt der „Vorwärts": Was wird das Jahr 1919 bringen, wenn nicht schleunigst dem Lebensmittelmangel abgeholfen wird?

Ja, auch der „Vorwärts" wagt es nicht, angesichts dieses Massentodes es offen auszusprechen, was er und seine Scheidemänner sonst in allen Gassen verkünden: dem Lebensmittelmangel kann nur abgeholfen werden, wenn „Ruhe und Ordnung", wenn „gesicherte Verhältnisse" wieder eintreten, wenn die „Ruhe nicht gestört" wird; und vor allem: erst wenn „Spartakus" hoffnungslos am Boden liegt, wenn es kein Wort mehr stammeln, keinen Ton mehr rufen, keine Seele mehr rühren kann, dann erst ist der Augenblick für die Entente, für Wilson im besonderen gekommen, dem deutschen Volke zu helfen.

Und dem „Vorwärts" wurde von allen Seiten mit kräftigen Worten beigestanden. In den Straßen Berlins prangen neben den roten Anschlägen des Arbeiter- und Soldatenrates die schwarz-weiß-roten Plakate: Ordnung bringt uns Brot, Unordnung bringt Hungersnot; von der frühesten Ausgabe des Berliner „Lokalanzeigers", von der „Deutschen Tageszeitung" und der „Deutschen Zeitung" bis zu der spätesten Ausgabe des „Acht-Uhr-Abendblattes", aus den fetten Ueberschriften der Zeitungen wie von den Lippen der Straßenhändler nur der Ruf: Erst die Ordnung — dann das Brot. Es ist der einmütige Ruf der Konterrevolutionäre in allen Schichten, vom Regierungssozialisten bis zum Konservativen: war die aufgestandene Bestie, das wildgewordene Tier, das Proletariat mit den Ketten nicht mehr zu halten, so mußte der Hunger es wieder gefügig machen.

Und selbst von unabhängiger Seite ward das Spiel zum Teil mitgemacht. Hat doch selbst der Staatssekretär Emanuel Wurm es fertiggebracht, in der Reichskonferenz zu erzählen: Rettung können nur das Aufhören der Blockade und ein Prämilinarfrieden bringen, wozu wir konsolidierte Verhältnisse haben müßten. „Konsolidierte Verhältnisse", „Ordnung und Ruhe" — das heißt Tod der Revolution; auf dem Grabe der Revolution das Brot — so will es Wilson; das war dieser „Revolutionäre" Stoßgebet.

Die Lüge ist aus. Wir veröffentlichen oben den Auszug aus einem Artikel des französischen Regierungsorgans, des „Temps", der die Schleier wegnimmt von dem grausigen Hokuspokus, der mit uns getrieben wurde.

Schon mit dem Tage der Revolution hatte ja die deutsche Regierung begonnen, mit der Hungerpeitsche Amerikas in den Blättern drohen zu lassen. Bescheiden und ohne Kommentar veröffentlichte sie am 14. November abends die folgende Note:

„Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichskanzler drahtlos mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Zeitverlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten bleibt und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist."

Als die deutsche Regierung diese Note veröffentlichte, mußte jedermann und alle Welt annehmen, daß diese Bedingung nur eine auf härtestem Druck gemachte Konzession an die Gegner sei. Nun stellt sich heraus, daß Herr Ebert diese Bedingung den Gegnern angetragen hat.

Wir brauchen kein Wort zu dem Artikel des „Temps" zu sagen: er spricht für sich.

Wir brauchen nur die Folgerungen aus ihm zu ziehen, und diese sind:

Die „sozialistische Regierung" der Ebert-Scheidemann ist es gewesen, die Wilson veranlaßt hat, die Bedingung von „Ruhe und Ordnung" für den Fall der Lebensmittellieferung zu stellen.

Sie hat das getan, um ihre Herrschaft in Deutschland zu befestigen und um jene Waffe der drohenden Hungersnot gegen die andrängenden Massen zu erhalten, die sie in den letzten Wochen, seit dem ersten Tage der Revolution schwang.

Sie hat es getan, um die wirklich revolutionären Parteien Deutschlands mit dieser Waffe zu töten.

Wir klagen die „sozialistische" Regierung Scheidemann-Ebert an.

Wir klagen sie an: das deutsche Proletariat verraten zu haben, indem sie den Todfeind des deutschen Proletariats, den internationalen Kapitalismus aufforderte, die Hungerpeitsche gegen die Revolution zu erheben.

Wir klagen sie an: die furchtbare Alternative des deutschen Proletariats Hunger oder Revolution absichtlich und verräterisch herbeigeführt zu haben.

Wir klagen sie an: als die Geschäftsführer des deutschen Kapitalismus den Kapitalisten der feindlichen Länder das Bündnis angetragen zu haben zur Erwürgung der deutschen Revolution.

Wir klagen sie an, die „sozialistische Regierung": aus eigenem Antrieb und von sich aus Wilson die Schlinge in die Hand gedrückt zu haben, damit er die deutsche Revolution erdrossele.

Wir klagen sie an: angesichts der Berge von Leichen, Männer, Frauen, Kinder, die ihre verbrecherische Kriegspolitik geschichtet hat, aus dem drohenden Hungertode von weiteren Zehntausenden ein Parteigeschäft gemacht zu haben, ihn dazu benützt zu haben, ihre „Stellung" in Deutschland zu befestigen.

Wir klagen sie dieser Verbrechen an, die scheußlicher sind als alles, was der Hohenzoller hat auf sich geladen.

Wir klagen sie an und wir wissen: Urteil und Strafe wird das deutsche Proletariat sprechen — in den Orkus hinabl hinabl

(„Rote Fahne", Berlin.)

Enttäuschung.

In den Kreisen der Soldaten herrscht Enttäuschung über das Verhalten einer Reihe von Soldatenräten, die sich ohne Zweifel konterrevolutionär haben beeinflussen lassen. Man war zu vertrauensselig und vielfach auch noch zu sehr Sklave des alten Unterordnungsgefühls. So duldete man es in zahlreichen Fällen, daß sich Vorgesetzte zu Mitgliedern des Soldatenrats machten und hier sehr oft gleich planmäßig gegen die Revolution arbeiteten. Die Folgen zeigen sich schon deutlich. Ueber die Sitzung der Soldatenräte von Groß-Berlin berichtet W. T. B.:

WTB. **Berlin**, 29. November. Sitzung der Soldatenräte von Groß-Berlin am 28. November 1918 im Plenarsitzungssaale des Reichstags. Der Saal ist voll besetzt, auch die Tribünen sind gut besetzt. Am Bundesratstisch sitzen die Mitglieder des Vollzugsausschusses und am Präsidium die Mitglieder des Bureaus der Groß-Berliner Soldatenräte. Der Vorsitzende, Gefreiter Glodsching, eröffnet die Versammlung um 4 Uhr 40 Minuten und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Kameraden aus Süddeutschland und aus den Ostmarken. Von einem Namensaufruf zur Feststellung der Anwesenheitsliste wurde auf Vorschlag des Kameraden Cohen-Reuß Abstand genommen. Nach dem Bericht über die bisherige Tätigkeit des Bureaus fragt Kamerad Spirow den Vorsitzenden, ob er in irgendwelcher Form abhängig sei vom Vollzugsausschuß (Der Vorsitzende bestätigt dies), dann sei es nötig, da er mangels genügender Unparteilichkeit als Vorsitzender nicht geeignet erscheine, Neuwahlen des Vorsitzenden vorzunehmen. (Unruhe.) Vorsitzender Glodsching: Die Tätigkeit als Kurier hat mit meiner Tätigkeit hier nichts zu tun. Meine Unparteilichkeit bitte ich nicht anzuzweifeln. Ich dränge mich nicht nach diesem Amt. Sie können ja Ihren Beschluß vom letzten Male wieder umwerfen, das sind wir ja schon gewohnt. (Heiterkeit.) Kamerad Cohen-Reuß: Der Reichstag ist auch von Konservativen oder Zentrumsabgeordneten objektiv geleitet worden. Glodsching ist mir als unparteiisch bekannt. Ich bitte, ihn am Vorsitz zu belassen. (Zustimmung.) Der Protest wird für erledigt erklärt. Scheidemann betritt den Saal. Er wird mit Händeklatschen begrüßt und nimmt auf Aufforderung des Vorsitzenden am Regierungstisch Platz. Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, dem Vollzugsrat ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum auszusprechen, aus welchem Beschluß der Vollzugsrat die Konsequenzen zu ziehen habe. Kamerad Gefreiter Molkenbuhr erstattete dann den Bericht des Vollzugsrates. Er führte dabei aus: Die erste Aufgabe des Vollzugsrates war, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wir standen nicht nur vor Nichts, sondern vor einem Trümmerhaufen. Unser Wirtschaftsleben hat kein Fundament mehr. Wir sind sämtlicher Rohstoffe entblößt. In schamlosester Weise hat man mit allen Mitteln, namentlich mit Lebensmitteln Raubbau getrieben. Auch militärisch hat unsere vorherige Regierung nichts unterlassen, was geeignet gewesen wäre, das Volksganze und vor allen Dingen unsere Kameraden zu vernichten. Zunächst kamen Anträge an uns heran, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen. Die zuständigen Stellen hatten für diese Forderung ein williges Ohr. Die Ungerechtigkeit mußte beseitigt werden, daß Bureausoldaten für 70 ₰ ihren Dienst machen müssen, während Zivilangestellte im gleichen Dienst ℳ 200 monatlich bekommen. Niemand soll auf die Straße gesetzt werden. Die erhöhte Löhnung würde aber in 10 Wochen zurückgehalten werden. Weitestgehende Abrüstung ist notwendig, auch wenn wir in Berlin kein Ersatzbataillon behalten sollten. Wir müssern auch die äußeren Fesseln des Militarismus abstreifen, dabei muß Vorsicht obwalten. Die Machthaber, die seit Jahrhunderten festen Boden gefaßt hatten, fügen sich noch nicht kampf- und restlos dem

ein, was die neue Ordnung will. (Sehr richtig!) In geradezu schamloser Weise hat unsere vorherige Regierung unsere Kameraden in Gegenden hineingesteckt, die wir niemals wieder zurückkriegen werden. In der Ostarmee stecken 350 000 Kameraden in einem Chaos. Wir wissen nicht, wie die jemals ihr Vaterland wiedersehen sollen. Polen steht uns skeptisch gegenüber. Durch Polen gibt es keine Verbindung zu uns. Aus der Ukraine haben sie keine Eisenbahn. Sie sind ohne Nahrungsmittel und besitzen nur mangelhafte Kleidung. (Unruhe.) Im Süden steht die Armee Mackensen. Die letzten 48 Stunden haben uns die Gewißheit gebracht, daß sie in der ungarischen Tiefebene interniert werden wird. Im Westen steht es noch am besten. Der Vollzugsrat hat sich dann mit der Frage der Nationalversammlung beschäftigt. Auf je 200 00 Einwohner soll ein Delegierter kommen, auf je 100 000 Soldaten auch je einer. In Bayern zeigen sich schwerwiegende Vorgänge. Genosse Kurt Eisner hat demgegenüber erklärt, daß er um jeden Preis ein Absplittern vermieden wissen will. Gegen den Wasserkopf Berlin besteht aber große Animosität. (Zuruf: Mit Recht!) Berlin war der Sitz der Kriegsgesellschaften, der Reichspolitik und derer, die den Krieg verlängerten. Wir haben nichts unternommen, was die Einheit Deutschlands und den alsbaldigen Friedensschluß gefährden konnte. Der Vollzugsrat ist zunächst nur ein Provisorium und Sachwalter des deutschen Volkes.

Heute nachmittag 3 Uhr ist in der Kaserne in der Belle-Alliance-Straße eine Schwadron Dragoner eingezogen. Der führende Oberleutnant von Heye hat ein dreifaches Kaiserhoch ausgebracht. Die Schwadron stimmte ein. (Großer Lärm. Rufe: Stimmungsmache. Tätigkeitsbericht.) Die Bekämpfung der Reaktion gehört zur Tätigkeit des Vollzugsrates. In schamloser Art erhebt die Reaktion ihr Haupt. Nicht weit von Berlin gibt es Soldatenräte, die in erzreaktionärem Sinne wirken. (Namen nennen!) Kamerad Walz und Colin-Roß sind aus dem Vollzugsausschuß ausgeschieden. In Belgien und in den Berliner Aemtern sind am 7. November politische Akte verbrannt worden, um das Anklagematerial zu beseitigen. Die Revolution ist also noch rechtzeitig erkannt worden, noch eher es allgemein eingesehen wurde, daß wir stehen am Abgrunde eines blühenden Volkes. (Beifall und Lärm.)

Unteroffizier Cornig: Leider bin ich nicht in der Lage, dem Vollzugsrat heute das Vertrauen auszusprechen. Der Vollzugsrat hat das Chaos nur noch vermehrt und wir werden zu Mitschuldigen an der Diktatur gemacht. Fünf Tage nach der Revolution hätte die Volksversammlung aller deutschen Soldatenräte zusammentreten müssen. Die Reichseinheit ist in Gefahr. Der Vollzugsrat hat auch heute noch nicht die Zustimmung der Soldatenräte gefunden. Eine Wahl ist nicht vorgenommen worden. Niemals sind so leicht Männer auf verantwortungsvolle Stelle gekommen, wie die Mitglieder des Vollzugsrates. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen brauchen wir Kontrolle über den Vollzugsrat. Sie müssen verschwinden, wenn sie unser Vertrauen nicht dauernd verdienen. Eine Kontrolle des Vollzugsrates über die Regierung ist nicht nötig. Die Männer der Regierung haben unser Vertrauen. (Lebhafter Beifall.) Not tut die baldige Zusammenberufung der Nationalversammlung. (Tosender Beifall.)

Ein Mitglied des Soldatenrates aus München: Im Süden hat man den Eindruck, in Berlin sei alles toll geworden. Wir Süddeutschen wünschen in friedlichstem Einvernehmen mit Norddeutschland, mit dem wir getreulich die Kriegslasten getragen haben, zu leben und mit ihm zu arbeiten. Geben Sie uns das schönste Weihnachtsgeschenk, nämlich die Versicherung, daß Sie eine Nationalversammlung wünschen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Dann werden Sie als Dank dafür bekommen, daß noch nie das deutsche Volk stärker beisammen war, als es dann sein wird. (Tosender Beifall.)

Leutnant Erhard: Die erste Aufgabe war die Frage der Kommandogewalt, der Versorgung und Entlassung der Kameraden. In keiner Sitzung hat sich der Vollzugsrat damit beschäftigt. (Molkenbuhr ruft: Lüge!) Mit Süddeutschland hat er keine Fühlung genommen. Ein Münchener Delegierter hat zwei Stunden warten müssen, weil über die höchst wichtige Frage beraten werden mußte, was für Stempel angeschafft werden sollen. (Heiterkeit und Unruhe.) Der Vollzugsrat Ströbel fragte mich, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Im Abgeordneten- und im Herrenhaus besteht bei den Soldatenräten die größte Mißwirtschaft, eine Günstlingswirtschaft bei höheren Löhnen. Was hat der Vollzugsrat gegen die Zersplitterung Deutschlands getan? Wie steht er zur Frage der Nationalversammlung? (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Scheidemann: Wir haben die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Wir müssen für Frieden und Brot sorgen. Heute kann die Versammlung die Anklagen nicht nachprüfen. Wir dürfen gegen die revolutionären Strömungen nichts aufkommen lassen. In einer solchen Versammlung besteht die große Gefahr, daß ein Riß zwischen Soldaten und Arbeitern sich auftut. Arbeiter und Soldaten haben gemeinsam die Revolution gemacht. Zwistigkeiten mögen an anderer Stelle ausgetragen werden. Das Kabinett hat sich mit dem Vollzugsrat verständigt. Die Einigkeit soll von beiden Seiten aufrechterhalten bleiben. Ein Zentralrat für das ganze Reich wird bald geschaffen werden. Die Mitteilungen Molkenbuhrs über unsere Soldaten im Osten waren übertrieben trostlos. Von absoluter Gefahr kann keine Rede sein, die Rückkehr kann sich höchstens um drei Monate verzögern. Die Gefahr der Gegenrevolution unterschätze ich nicht, aber Schwarzseherei ist nicht am Platze. Wir werden auf dem Platze sein und aufpassen. Generalfeldmarschall Hindenburg und Gröner haben sich auch gestern wieder vorbehaltlos zur jetzigen Regierung bekannt. (Bravo!) Die Schuld der Kriegsverlängerung trägt nicht Berlin allein. Die Autonomie für Elsaß-Lothringen wurde verzögert durch den König von Bayern, der seine Macht ausdehnen wollte. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind ein Provisorium, das absolut notwendig ist, das geschaffen werden konnte, als das alte System zusammenbrach, das morscher war als wir annahmen. Dieses Provisorium muß beibehalten werden, bis die Nationalversammlung da ist. Jetzt tut uns Einigkeit not, alles Trennende muß beiseite gestellt werden. Wir müssen zusammenstehen und festhalten, was uns die Revolution gebracht hat, dann wird es uns möglich sein, zu schaffen: Frieden und Brot! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Vertreter der Ostarmee warnt die Versammlung davor, sich von dem Popanz der Spartakusgruppe ins Bockshorn jagen zu lassen. Schamröte steige einem ins Gesicht, wenn man sieht, daß jetzt die Pressefreiheit mehr Unheil anrichtet als die frühere Presseunfreiheit.

Oberleutnant Walz: Schon lange Zeit vor der Revolution bin ich zum Sozialismus übergegangen. Ich habe als Kompanieführer meine Leute dahin gebracht, daß sie unter keinen Umständen auf Arbeitermassen schießen würden. Ich stand damals schon mit Ledebour in Verbindung. Auf einer Versammlung, an der Liebknecht, Haase, Ledebour und Müller teilnahmen, wurde beschlossen, am 4. November die Revolution stattfinden zu lassen. Am Abend wurde die Hinausschiebung beschlossen, weil die Stimmung noch nicht so weit war. Wir wollten nicht mehr so häufig zusammenkommen, um uns nicht zu verraten.

Das va banque-Spiel der Militärpartei.

Aus Wien wird vom 28. November gemeldet: Der Berner Korrespondent des „Neuen Wiener Journals" erhält von einer Persönlichkeit, welche dem Ministerium des Auswärtigen in Wien nahestand, folgende authentische Mitteilungen: Graf Czernin erklärte kurze Zeit nach seinem Amtsantritt 1917 als Minister des Aeußern im Auftrage des Kaisers Karl in Berlin Kaiser Wilhelm, Oesterreich-Ungarn **stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte** und könne den Krieg kaum über den Winter fortsetzen. Czernin legte infolgedessen Kaiser Wilhelm auf das Dringlichste nahe, Frieden zu schließen; wenn es sein müßte, mit großen Opfern. Österreich-Ungarn erklärte sich seinerzeit zu weitgehendstem Entgegenkommen bereit. Kaiser Wilhelm wies damals, ohne persönlich Stellung zu nehmen, Czernin an das Hauptquartier, wo eine Beratung mit Hindenburg und Ludendorff stattfand, wobei allerdings Hindenburg ziemlich passiv blieb, während Ludendorff das Wort führte. Czernin legte in sehr bewegten Worten die traurige Lage der Monarchie dar und schloß: **Oesterreich-Ungarn steht vor dem Ende und kann einfach nicht mehr lange.** Ludendorff aber erklärte: „Ich bin der Ansicht, daß lediglich das unglückselige Verwaltungssystem an der pessimistischen Auffassung schuld ist. Gewaltige Kräfte der österreichisch-ungarischen Monarchie seien bereits aufgezehrt." Ich bin, schloß Ludendorff, bereit, den Beweis dafür zu liefern, indem ich der Verwaltung Oesterreich-Ungarns während der Kriegszeit deutsche Kommissare attachiere. Sie werden sehen, daß die Sache gehen wird." Czernin, über die Antwort aufs höchste betroffen, erstattete Kaiser Karl Bericht, der natürlich einen solchen Eingriff in die innere Verwaltung Oesterreich-Ungarns entschieden ablehnte. Kurze Zeit darauf begab sich Czernin neuerdings ins deutsche Hauptquartier und ließ nunmehr zum ersten Male die Möglichkeit durchblicken, daß Oesterreich-Ungarn gezwungen sein könnte, bei längerer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen.

Auf diese Erklärung erhob sich Ludendorff und sagte mit größtem Ernst: „Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Oesterreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, er **die Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen habe.** Einen solchen Akt von Treubruch könnten wir nur mit dem Beginn von Feindseligkeiten beantworten." Graf Czernin brach hierauf das Gespräch ab und kehrte nach Wien zurück und erklärte Kaiser Karl: „Unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders als an seiner Seite ausharren."

In verbrecherischer Weise hat die Militärpartei Millionen von Menschenleben geopfert, die Summe der Verwüstungen, der Not und des Elends maßlos gesteigert, lediglich in der vollen Absicht, sich trotz des unvermeidlichen Zusammenbruches zu behaupten. Mochte das Volk zugrunde gehen, wenn nur der Militarismus bestehen blieb. Und Hindenburg, der immer noch eine politische Rolle zu spielen versucht, hat das Treiben mitgemacht, hat es geduldet und unterstützt.

Die Konterrevolution.

Die Offiziere wühlen.

Aus Witten wird gemeldet: In Westfalen halten die Offiziere, die Mitglieder des S.-R. sind, separate Zusammenkünfte mit fremden Offizieren ab und stehen in Verbindung mit dem Generalkommando in Münster.

Die Machenschaften der Gegenrevolution werden also ganz dreist betrieben. Noch eine Lehre für die Soldaten, was dabei herauskommt, wenn Offiziere in die S.-R. gewählt werden.

Kosaken, die nicht mehr Weiße Garde sein wollen.

Moskau, 27. November. Im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Frontkosaken im Kosakendorf Ulipansk ist ein Aufstand entstanden. Zwanzig Mann sind beim Scharmützel verletzt. Die Kosaken sandten eine Deputation an die Sowjettruppen mit dem lächerlichen Befehl von General Tatarin, die Waffen niederzulegen. Die Boten gaben beim Verhör widersprechende Aufklärungen. Die weißen Truppen wollen nicht länger kämpfen; sie wollen auf die Seite der Sowjets übergehen, fürchten jedoch erschossen zu werden. Ihre Offiziere haben erklärt, daß Hilfe anlange von Engländern, Franzosen und Tschechoslowaken. Die Repräsentanten der Sowjet-Armee machten die Boten darauf aufmerksam, daß sie nur mit arbeitenden Kosaken, nicht mit Generalen auf Friedensverhandlungen eingehen; die Delegierten wurden zu ihrem Detachement zurückgesandt, nachdem sie revolutionäre Literatur erhalten hatten.

Provokationen.

Aus Leipzig wird berichtet:

Die von Soldaten im Auftrage des A.- und S.-Rates am Dienstag auf dem Universitätsgebäude gehißten roten Fahnen sind in der letzten Nacht von feldgrauen Studierenden herabgeholt worden. Der Rektor hat darauf heute vormittag die Universitätsfahne hissen lassen. Eine Soldatenabordnung, die im Namen des A.- und S.-Rates die abermalige Hissung roter Fahnen verlangte, wurde vom Rektor an das Kultusministerium als vorgesetzte Universitätsbehörde verwiesen. Die „Leipziger Volkszeitung" berichtet weiterhin, daß 1500 Studenten entschlossen seien, eine Garde zu bilden, die sich gegen die Revolution wenden wolle. Praktisch läuft das auf die Organisation des Bürgerkrieges hinaus.

Einer Meldung der „Köln. Zeitung" aus Ohligs zufolge haben Soldaten der dort durchmarschierenden Armee vom Rathause, von der Post und vom Bahnhofe die rote Fahne entfernt und vernichtet. In Schlebusch wurde der Soldatenrat verhaftet. Der Aktionsausschuß der unabhängigen Partei hat als Einspruch dagegen Arbeitsruhe für den oberen Kreis Solingen verkündet.

Kein Zweifel: die Reaktion ist planmäßig am Werke.

Revoltierende Offiziere.

Die „Deutsche Allg. Zeitung" berichtet aus Düsseldorf, daß es dort gestern zu größeren Unruhen kam. Schon beim Ueberschreiten der Rheinbrücke geriet ein dort aufgestellter Posten des Arbeiter- und Soldatenrats in Auseinandersetzungen mit einem Hauptmann des 39. Reserve-Infanterie-Regiments, in dessen Verlauf der Hauptmann den Posten niederschoß. Nach einer Darstellung soll der Posten das Regiment aufgefordert haben, die Waffen abzugeben. Nach einer anderen Lesart hat der Offizier den Posten veranlassen wollen, das rote Zeichen abzulegen. Jedenfalls scheint bei den Truppen eine starke Mißstimmung gegen den Arbeiter- und Soldatenrat bestanden zu haben, die durch den Vorfall an der Rheinbrücke noch gesteigert wurde. Das Regiment zog nach der Kaserne in der Tannenstraße, wo die Wache gestürmt wurde. Hierbei sind zwei Soldaten verwundet worden. Bei Eintritt der Dunkelheit zog eine größere Abteilung des Regiments auf den Marktplatz, um vom Rathaus die rote Fahne herunterzuholen. Dort hatten sich inzwischen Angehörige des Freiwilligen-Regiments eingefunden. Es wurden einige Schüsse gewechselt, die jedoch keine Opfer forderten. Die Menge wurde zerstreut und Freiwilligen-Patrouillen hielten die Straßen frei von Ansammlungen. An einzelnen Stellen wurden Maschinengewehre aufgestellt, die jedoch wieder zurückgezogen wurden. Vereinzelt mußte die Straßenbahn den Betrieb einstellen.

Unverantwortlich.

Wo die Regierungssozialisten dominieren, da sind die Konterrevolutionäre oben auf. Um die Geschäfte der Antisozialisten zu fördern, scheuen die Scheidemänner selbst mit Drohungen sozialistischer Art nicht zurück. Aus Breslau, einem Hauptlager der Regierungssozialdemokratie wird berichtet: Der Breslauer Volksrat verhandelt über ein Ultimatum, das von der Berliner Regierung die sofortige Ausschreibung der Konstituantewahlen und die Auslegung der Wählerlisten verlangt. Schlesien droht im Falle der Weigerung, sich politisch und wirtschaftlich von dem übrigen Preußen abzuschließen.

Erfolg böser Hetzereien.

WTB. Moskau, 28. November. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Gestern traf ein Zug mit Joffe und dem Personal der russischen Legation in Berlin, der Berliner Abteilung des Telegrammbureaus der Petersburger Telegraphen-Agentur, dem Konsulatspersonal und dem Kriegsgefangenenkomitee hier ein. Mit dem gleichen Zuge folgte auch die russische Legation in Bern. Bei der letzteren befanden sich die Kameraden Borzin und Balabanova. Die Kameraden, die aus der Schweiz anlangten, wurde von der Bevölkerung vor der Ueberschreitung der schweizerischen Grenze überfallen. Balabanova wurde schwer verletzt.

Die Woge der Revolution.

Hindenburg an das Feldheer.

WTB. Berlin, 28. November. (Drahtbericht.) Hindenburg richtete folgenden Aufruf an das Feldheer:

Soldaten, die Ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Heer und Heimat ist, daß sich die Rückführung der Armeen und die Entlassung ihrer Verbände in voller Ordnung vollziehen. Nur wenn jeder einzelne von Euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, die die Rückführung solch gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Die Ihr so oft in den Zeiten des Kampfes selbstlos Euer eigenes Ich dem Wohle des ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von Euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber all dem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt. Alles, außer den Jahrgängen 1896 bis 1899, die zunächst bei den Fahnen bleiben, soll so schnell als möglich entlassen werden. Laßt Euch nicht verführen, vorzeitig eigenmächtig Euren Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Verpflegung, sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von Euch regellos nach Hause strebt. Die Ordnung zusammenhalten ist jetzt wichtiger als je. Nur so wird die glatte Zurückführung des Feldheeres nach den östlich des Rheines zunächst vorgesehenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist die Leitung der Verbände mit der Eisenbahn oder durch Fußmarsch zu den Ersatztruppenteilen vorgesehen. Mit Rücksicht auf die große Anhäufung von Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft beschränkter Unterkunft werden sich für manche Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld und Vertrauen. Es wird jeder von Euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als es die Umstände gestatten. Keiner von Euch wird vergessen! Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit den Heimatsstellen alles aufbietet, um Euch so bald als möglich Euren Angehörigen zuzuführen. Doch eins tut hierbei not: Ruhe und Ordnung!

gez.: von Hindenburg.

So ist's recht! Hindenburg ist also noch immer Höchstkommandierender! Er erläßt weiter, wie in den Tagen der höchsten Blüte des Militarismus seine Aufrufe und Befehle. Und das gestattet man dem Manne, der noch vor wenigen Wochen die ganze Macht des Militarismus in seiner Person verkörperte, für den die Soldaten Nummern, Kanonenfutter waren! Tausende und Zehntausende von Soldaten trieb er in den Tod hinein, um seine imperialistischen und militärischen Pläne durchzuführen. Als Generalfeldmarschall unter Wilhelm II. hatte er seine guten Gründe dazu. Aber haben denn jetzt die Arbeiter- und Soldatenräte nichts Wichtigeres zu tun, als Hindenburg in seiner allmächtigen Stellung zu belassen und dann noch um ihn herum zu scharwenzeln, wie der Arbeiter- und Soldatenrat von Kassel? —

Unsere Forderung lautet: Fort mit allen Offizieren in Kommandostellen! Zuerst und vor allem aber fort mit Hindenburg. Den Waffenrock soll er ausziehen, und dann kann er ruhig im Zivilleben verschwinden. Es würde ihm auch keiner eine Träne nachweinen, wenn er über die Grenze ginge, wie Ludendorff. Aber unsere ausgesprochensten Feinde, die schärfsten Konterrevolutionäre, noch weiter in einflußreichen Stellen zu lassen, dazu gehört allerdings große politische Naivität, Verblendung und Unklarheit.

Verschleierungspolitik.

Zur Frage der Kriegsschuld sagte der frühere Staatssekretär Zimmermann zu einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung": Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, daß mit der Bluttat von Serajewo für Oesterreich-Ungarn die Schicksalsstunde geschlagen hatte. Die während des Krieges bekanntgewordenen serbischen Urkunden beweisen, daß Rußland schon seit Jahren der serbischen Regierung den Erwerb österreichischer Gebietsteile zugesichert hatte. Daß Oesterreich-Ungarn sich den großserbischen Machenschaften zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse der Gesundung der Verhältnisse in Europa. Wir haben Oesterreich zu seinem Vorgehen in Serbien weder zugeredet, noch es aufgehalten und uns vielmehr darauf beschränkt, ihm davon nicht ausdrücklich abzuraten. Der Inhalt des Ultimatums an Serbien war uns unbekannt. Das von uns für zu scharf gehaltene Ultimatum ist uns erst so spät von Wien aus mitgeteilt worden, daß uns eine Möglichkeit, auf seine Herabminderung einzuwirken, nicht gegeben war. Unsere auf Lokalisierung des Konfliktes gerichteten Bemühungen wären wohl erfolgreich gewesen, wenn England seinen großen Einfluß auf Petersburg ebenso energisch geltend gemacht hätte, wie wir unseren in Wien. Schließlich hat dann die russische Gesamtmobilmachung, die von den zum Kriege drängenden Gewaltpolitikern in Petersburg überstürzt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht. Deutscherseits muß hiernach die Verantwortung für die Entwicklung des Konfliktes zum Weltkrieg abgelehnt werden. Die historische Wahrheit wird erst dann festgestellt werden können, wenn dem Staatsgerichtshof oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einschlägige Material unterbreitet wird. Die Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof würde zweifellos allen jetzt unter schweren Verdächtigungen leidenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht sein.

Derartige Reinwaschungsversuche zeugen von nicht gutem Gewissen. Die von den Schwerindustriellen beeinflußte und selbst vom Machtkitzel gestachelte Militärpartei wollte den Krieg, wollte ihn im Sommer 1914, um die noch stark rückständigen Rüstungen in Rußland und Frankreich zu stören, so des Sieges sicher zu sein, und die Welt nach ihrer Diktatur gestalten zu können.

Revolutionäre Bewegung in Frankreich.

Genf, 25. November. Von gut unterrichteter Seite verlautet, die revolutionäre Bewegung in Frankreich habe an Boden gewonnen. Französische Fronttruppen, die zur Niederwerfung der Revolutionäre herbeigerufen worden wären, hätten den Waffengebrauch verweigert. Der Ort der Bewegung ist Paris.

Genf, 25. November. In der Sitzung der französischen Kammer am Freitag, in der die Frage der Demobilisation besprochen wurde, kam es, wie sozialistische Blätter berichten, zu lebhaften Zwischenfällen. Alle Tribünen waren mit Soldaten besetzt, die lebhaft für die Demobilisation und gegen die Regierung demonstrierten. Alle näheren Einzelheiten sind von der Zensur unterdrückt worden. „Homme libre" erklärt, die Demobilmachung hänge nicht allein von der militärischen Lage ab, sondern auch von den politischen Erwägungen. Die gesamte Regierungspresse versucht die Notwendigkeit nachzuweisen, daß die Soldaten auch noch weiterhin unter den Fahnen zu lassen seien, da allgemeine Störungen bei der Auflösung der Front nicht ausgeschlossen seien.

Was soll mit den Hohenzollern geschehen?

Reuter berichtet aus London: „Evening Standard" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwägung der Position des Exkaisers, Exkronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

„Echo de Paris" meldet aus London: In der Beantwortung von den Aeußerungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Glied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, vom Staatssekretär Solf eine Note erhalten zu haben, welche die Abdankung mitteilt. Die holländische Regierung fügte hinzu, sie überwache den Kaiser streng, der das holländische Gebiet nicht verlassen könne.

Neue Regierung in Finnland.

Helsingfors, den 29. November 1918. Der Reichsverweser bewilligte den Mitgliedern der bisherigen Regierung den Abschied und ernannte die Mitglieder der neuen Regierung.

Löhnung in der Marine.

Nach den Beschlüssen des 53er Ausschusses (Zentralrat der Marine), der zurzeit im Reichsmarineamt tagt, wie folgt festgelegt worden und hat bereits Genehmigung gefunden:

A. Arbeitszulagen. Es erhalten ohne Rücksicht auf den Dienstgrad:

I. Die ständig mit Arbeitsdienst beschäftigten Mannschaften zu ihrer Löhnung eine tägliche Arbeitszulage von M 3. Hierzu rechnen: 1. An Land und an Bord: a) das Geschäftszimmerpersonal einschließlich Materialienverwaltungspersonal und Ordonnanzen; b) das Bottelier- und Küchenpersonal; c) Drucker; d) Sanitätspersonal und Krankenwärter; e) rollenmäßiges Beibootspersonal; f) Telegraphisten und Telephonisten auf einfachen Stationen. 2. Nur an Land: a) Kleider- und Waffen-Kammerpersonal; b) Oekonomiehandwerker der Bekleidungsämter.

II. Das ständige, als Schwerarbeiter anzusehende militärische Arbeitspersonal der Werften, Torpedowerkstatt, Artillerie-, Munitions- und Minendepots, Verpflegungsämter, Kartoffel- und Fleischversorgungen, Kraftwagenführer, Telegraphisten und Telephonisten auf Zentralstellen, Flugmechanikerpersonal sowie Latrinen- und Klosettreiniger (an Land und an Bord) eine tägliche Arbeitszulage von M 4.

Darüber, wer Schwerarbeiter ist, entscheiden in Zweifelsfällen die obersten Soldatenräte der Marine in Berlin, Bremerhaven, Cuxhaven, Danzig, Emden, Flensburg, Hamburg, Helgoland, Kiel, Libau, Sonderburg, Warnemünde, Wilhelmshaven und der Flotte.

III. Stundenweise zum Arbeitsdienst herangezogene Mannschaften bekommen eine Stundenzulage von 50 ₰. Als Arbeitsdienst gilt der unter I und II aufgeführte Dienst, außerdem Reinigungs- usw. Dienst in Kesseln, Doppelböden usw., im Sinne des § 56 der F. B. V., Kohlenübernahme oder Abgabe an Bord, Kohlentrimmen, Wache in Maschinen- und Heizräumen, Proviantholen an Land und an Bord, Backen an Bord (auch Hilfspersonal), Transport und Abgabe von Munition, Torpedos, Minen und Ausrüstungsgegenständen von Bord und Garnisonwachdienst (im letzteren Fall aber nicht mehr als M 4 an einem Tage). Es rechnet also nicht dazu der von jedem Soldat zu leistende regelmäßige Ordnungs- und Reinigungsdienst.

B. Löhnung. Die Löhnung (ohne Kleidergeld) für Obermatrosen, Matrosen und gleiche Dienstgrade beträgt an Land und an Bord M 30 monatlich, soweit nicht bereits höhere Löhnung bestimmungsgemäß zuständig ist.

C. Die Arbeitszulagen unter A sind zahlbar vom Tage des Bekanntwerdens dieser Verfügung an, die Löhnung unter B vom 21. November 1918 ab. Die Zahlung und Anforderung der ständigen Arbeitszulagen unter A, I und II erfolgt wie bei der Löhnung, der Arbeitszulagen unter A, III in derselben Weise wie bisher bei den Heizerarbeitszulagen an Bord (Listen mit Bescheinigung des Kompagnieführers bezw. Kommandanten). Die Kosten trägt der Löhnungstitel zu B, III an Bord Kapitel 52, Titel 2, a.

D. Höhere, nicht früher bestimmungsgemäß festgesetzte Arbeitszulagen oder Löhnungssätze dürfen von Bekanntwerden dieser Verfügung an nicht mehr gezahlt werden. Von Soldatenräten selbständig festgesetzte und bereits gezahlte Beträge bleiben in Ausgabe belassen. Die Zulage für Postordonnanzen nach A, I a, und die Stundenzulage von 50 ₰ nach A, III treten an Stelle der bisherigen niedrigeren Arbeitszulagen nach F. B. V. §§ 54, 56, 57, 58 und 58 a. Bestimmungsgemäß zuständige besondere Zulagen (z. B. für Flieger) bleiben bestehen, desgleichen Stellen- und Fachzulagen. Neben Taucherzulagen ist die Stundenzulage nach A III nicht zahlbar.

E. Für die im Kriminaldienst beschäftigten Kameraden folgt noch Regelung, desgleichen für die Sicherheitstruppen in Berlin.

Der Zentralrat der Marine.
gez. Tost.
Der Staatssekretär des Reichsmarineamts.
gez. v. Mann.

Mitgliederversammlung der U. S. P. D.

In der gestrigen Mitgliederversammlung der U. S. P. D. hielt Genosse Dr. Herz einen höchst interessanten Vortrag über „Revolution und Arbeiterschaft". In überaus klarer und tiefgreifender Weise führte er unter großer Zustimmung der Versammlung mit denselben Gedankengängen wie in der Versammlung am Sonntag in Altona vor Augen, wie der Krieg eine historische Notwendigkeit war, die mit ihren Wurzeln tief in der kapitalistischen Gesellschaft fußtze. Er schilderte den Verlauf und die Wirkung des Krieges in den drei Perioden, der ersten des patriotischen Rausches, der zweiten des Stimmungsumschlages in den Massen, und der dritten, in der die Grundlage zur revolutionären Aktion gelegt wurde. In der momentan brennenden Frage der Nationalversammlung weist er auf die kläglichen wirtschaftlichen Umstände in Deutschland hin, die im Verein mit der außerpolitischen Lage genügend berücksichtigt werden müssen in der Ausführung unserer politischen Theorien.

In der anschließenden Diskussion unterstützte Genosse Mönnich diese Ausführungen. Er führte in lebhafter Weise aus, daß das Proletariat verpflichtet ist, die Revolution weiter zu führen, in seinem eigensten Interesse. Ein jeder Sozialist muß den sozialistischen Gedanken hochhalten und verbreiten, muß sich vor allem auch selbst sozialistisch bilden; denn viele Arbeiter können sich noch nicht hineinfinden in den Geist der neuen Regierung.

Genosse Dittmann sagte, es sei notwendig, daß die Partei geschlossen marschiere. Wir halten die Konstituante für unvermeidlich, müssen uns aber dagegen wehren, daß sie überstürzt einberufen wird, damit wir bis zur Zeit ihrer Einberufung alles geschehen lassen müssen, um zur Sozialisierung zu gelangen. Wir fordern nicht die Einberufung der Nationalversammlung, sondern die der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte, wir halten die Einberufung eines Parteitages für notwendig. Ferner wollen wir die Einberufung eines internationalen Kongresses, um die Zimmerwalder zu unterrichten, daß wir es für unumgänglich notwendig halten, daß alle sozialistischen Parteien herangezogen werden zur Weiterführung der sozialistischen Revolution. Wenn die Arbeiter sich organisatorisch zusammentun wollen, müssen sie sich vergegenwärtigen, welche Politik die richtigere ist, um sich dann dieser anzuschließen. (Bravo!) Es sind manche Betriebe zur Verstaatlichung reif; aber zu ihrer Vollführung müssen wir das technische und kaufmännische Personal beibehalten; es werden sich also viele, die in der alten Regierung dagegen waren, jetzt in den Dienst dieser Sache stellen. Eine Vorbedingung für die Nationalversammlung ist, daß alle Soldaten der Front sowie die Kriegsgefangenen zurückgekehrt sind. Wir werden bis zu diesem Zeitraum also Gelegenheit haben, die Verstaatlichung der Betriebe vorzunehmen; darum dürfen wir auch nicht unklug handeln und uns jetzt dagegen sträuben, womit wir nur der Verwirklichung unserer Ziele hinderlich im Wege stehen, denn gerade diese Maßnahme ist doch dringend zur Sicherstellung der Revolution nötig. Von linksradikaler Seite wird ausgesprochen, daß wir unseren russischen Brüdern helfen müssen. So gern wir das wollen, so warm wir dafür eintreten, wie können wir es, wo wir unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen stehen, unsere eigene Existenz erst einmal aufrechterhalten müssen. Hinzu kommt der schmähliche Waffenstillstand, der schmählichste, den die Welt je gesehen hat. Es ist von der Entente beschlossen, gegen Rußland vorzugehen, um der „Hydra" des Bolschewismus das Haupt zu zerspalten. Da die Einmischung in diesen Konflikt für uns von vornherein hoffnungslos ist, gleichbedeutend mit Selbstmord, müssen wir daher zu vermeiden suchen, mit dahin gerissen zu werden.

Genosse Düwell wendet sich gegen manche Anschauungen von Dr. Herz. Er erklärte die Verstaatlichung als reaktionär, die im ausgesprochensten Gegensatz zur Sozialisierung steht. Die Verstaatlichung war im alten Regime schon beabsichtigt, auch betreffs der Kriegsanleihen, ist also ein kapitalistisches System. Die Massen sind niemals aktiv, sie müssen stets getrieben werden, und es ist die Aufgabe der linken Parteien, das vorwärtstreibende Element zu sein. Reichen wir einmal Leuten, die für die Nationalversammlung sind, die Hand, so geht es unaufhaltsam weiter. Mit den Gewerkschaften zusammen laufen wir dem kapitalistischen System wieder in den Arm. Die Gewerkschafter bestimmen mit den Unternehmern zusammen die Löhne, die auf der einen Seite den Arbeitern erhöht werden, auf der anderen Seite denselben als Konsumenten durch die damit im Schritt gehenden erhöhten Preise wieder genommen werden. Dies ist die Gefahr der mehrheitssozialistischen Politik, der wir auf keinen Fall folgen dürfen. Unterlassen wir, die zweite Phase der Revolution zu stärken, so arbeiten wir der Reaktion in die Hände. Wir müssen den Russen helfen, wenn wir unsere Revolution weiterführen wollen. Wir müssen uns durch Austausch der Produkte gegenseitig unterstützen, Rußland uns mit agrarischen Produkten, wir Rußland mit industriellen, so nur dienen wir dem Sozialismus. (Großer Beifall.)

Genosse Rieper wendet sich gegen den Vorwurf, den die Linksradikalen der U. S. P. jetzt machen, wenn sie mit den Regierungssozialisten zusammen arbeiten, da die Linksradikalen an erster Stelle sich bereit erklärten, sich zwecks gemeinsamer Arbeit mit ihnen zu vereinen, während die U. S. P. sich sträubte. Er betont, es kommt für uns nicht darauf an, mit wem wir uns zur Erringung unserer Ziele vereinen, sondern darauf, wer dahintersteht, und das sind doch die Arbeiter. Nicht kommt es auf revolutionäre Reden an, sondern zu erwägen, inwieweit die Theorien in der Revolution zu erhalten sind. Alle Arbeiter waren gegen den Krieg. Sind sie auch gegen die Nationalversammlung? Nein. Die Diktatur der Arbeiter ist nur möglich, wenn wir die Diktatur der Soldaten haben. Bis die Nationalversammlung in Rußland kam, hatte sich in der Zeit etwas anderes vollzogen, sie war nicht mehr der Ausdruck des Volkes. So haben wir dafür zu sorgen, daß die Massen aufgeklärt werden. Theoretisch sind wir mit den Linksradikalen einverstanden, doch können wir nicht immer nach der Theorie gehen. Wir haben die Pflicht, unsere Organisation hochzuhalten. Wenn wir uns von vornherein dem Untergang weihen wollen, ist unser Ziel verloren. (Großer Beifall.)

Genosse Herz führte im Schlußwort aus, daß wir die Kräfte des alten Systems und der Gewerkschaften vorläufig nicht entbehren können. Da aber die wirtschaftliche und politische Macht zusammenhängt, müssen wir, wie wir ihnen die eine, auch die andere gewähren. Wenn wir den Glauben haben, gleich in den Sozialismus hineinspringen zu können, so müssen wir energisch gegen die Nationalversammlung sein; da aber dies nicht von heute auf morgen möglich ist, können wir auch für die Nationalversammlung sein. Nur Massenaktionen haben Erfolg, nicht die kleiner Gruppen. Durch die Entgegenstemmung gegen die Nationalversammlung würde der Bürgerkrieg herbeigeführt. Wie kön-

nen die Massen dafür sein? Genosse Düwell betonte, es komme auf den Willen der einzelnen an, doch die Entscheidung zur Aktion muß warten, bis die Massen dazu reif sind. Genosse Herz spricht sich warm für die Politik der Linksradikalen aus, wenn sie jetzt zu betwirklichen wäre, doch wir müssen mit der Tragik der deutschen Revolution rechnen, da sie auf einem Trümmerhaufen ihr Haupt erhebt. Die Aufgabe der U. S. P. besteht darin, die Massen reif zu machen; für ihre Aufklärung müssen wir arbeiten. In der zweiten Periode des Krieges sahen wir, wie die Massen, ohne aufgefordert zu werden, sich den linken Parteien anschlossen. Die historische Situation ändert sich sehr rasch, und Genosse Dr. Herz ist der Hoffnung, daß die Differenzen zwischen den Linksradikalen und den Unabhängigen sich rascher lösen werden, als wir es vermuten. Vielleicht werden wir bald durch die historische Situation gedrängt, gemeinsam zu marschieren. (Lebhafter Beifall.)

Vom Tage.

Hamburg, 29. November 1918.

Die Angst vor der Revolution.

In den Akten der politischen Polizei wurde folgendes interessante Schreiben gefunden:

Alfr. Jacobsen, Rechtsanwalt,
Hamburg 1, Spitalerstr. 11.

Hamburg, den 4. November 1918.

An den Herrn Chef der Polizeibehörde,
Herrn Senator Sander,
Hamburg.

Hochgeehrter Herr Senator!

Nachdem Seine Magnifizenz, Herr Bürgermeister von Melle, mir am 2. ds. anheimgegeben hat, mich mit Euer Hochwohlgeboren in Verbindung zu setzen, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

1. Heute früh fuhr ein Bekannter von mir seines großen Koffers wegen vierter Klasse von Bergedorf nach Hamburg. Ein Arbeiter erklärte, daß in wenigen Tagen die Revolution in Berlin und gleichzeitig in Hamburg ausbrechen würde.

2. Auf seiner Rückkehr von Volksdorf mit der Hochbahn am gestrigen Tage hörte mein siebzehnjähriger Sohn die mit ihn fahrenden Arbeiter über das unmittelbare Bevorstehen der Revolution sprechen; einer der Arbeiter erklärte, daß er selbstverständlich mit dem Beil auch dreinschlagen werde.

3. Als meine als freiwillige Krankenschwester im Barmbecker Krankenhaus tätige Tochter Ina vor einigen Tagen einen ihrer verwundeten Soldaten verband, überschüttete er sie mit den unflätigsten Drohungen der Revolution und der weiteren Drohung, daß es höchste Zeit sei, „daß ich den blauen Brief bekäme". All die anderen Leute, die noch vor kurzem für die aufrichtende, aufopfernde und humorvolle Behandlung meiner Tochter gar nicht genug dankbar sein konnten, rührten sich nicht gegenüber den unflätigen Aeußerungen dieses Bolschewisten.

4. Als der Kunstmaler Werker auf dem Bahnhof in Halle einigen aufgeregten, mit dem Revolutionsgedanken offen spielenden Männern gut zuzureden suchte, wurde ihm das Wort abgeschnitten und gedroht, die Guillotine werde demnächst in Deutschland reichlich zu tun bekommen.

Das sind vier Tatsachen, die mir, einem einzelnen Bürger, gestern abend und heute morgen bekanntgeworden sind.

Die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen" über die bolschewistischen Umtriebe, wie heute morgen abgedruckt war, bestätigt im wesentlichen unsere Befürchtungen. Scheidemann fordert jetzt die Abdankung des Kaisers und bereitet so den Boden für das Gelingen der Revolution vor.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Alfr. Jacobsen, Rechtsanwalt.

Willkommen daheim.

Der Arbeiter- und Soldatenrat schreibt uns: In wenigen Tagen kehrt das aktive Regiment 76 aus dem Felde in die Heimat zurück. Nach über vier Jahren schweren Ringens ist es dem Regiment vergönnt, endlich in seine Vaterstadt Hamburg einzuziehen. Der Soldatenrat des Ersatz-Bataillons fühlt sich verpflichtet, den heimkehrenden Kameraden einen würdigen Empfang zu bereiten, und appelliert daher an die gesamte Bevölkerung Hamburgs, ihn darin zu unterstützen.

Gaben werden angenommen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in der alten Kaserne. Geldsendungen sind unter „Aktiv 76" an die Deutsche Bank abzuführen.

Mitteilungen aus dem Kriegsversorgungsamt.

Von den unter Markenzwang stehenden Lebensmitteln dürfen in der nächsten Woche abgegeben werden:

Brot und Mehl:

a) Allgemeine Brotkarte: Vom Sonnabend bis Montag 900 Gramm Brot, und zwar auf die Abschnitte E und F je 450 Gramm Brot, ferner auf jeden mit M bezeichneten Abschnitt je 200 Gramm Brot oder 150 Gramm Mehl; vom Dienstag ab weitere 900 Gramm Brot, und zwar auf den Abschnitt G 450 Gramm Brot, auf die mit A, B, C, D und X bezeichneten Abschnitte je 50 Gramm Brot. Der Abschnitt Y ist ungültig.

b) Brotkarte für Kinder: Auf die mit Z und K bezeichneten Gutscheine je 50 Gramm Brot, auf jeden mit M bezeichneten Gutschein 200 Gramm Brot oder 150 Gramm Mehl. Eine Abgabe von Mehl auf Gutscheine der Warenbezugskarte für Kinder findet nicht statt. Die Abschnitte T, U, V sind ungültig. Auf sämtliche mit Z bezeichneten Gutscheine dürfen statt Brot insgesamt 640 Gramm Zwieback, auf sämtliche mit K bezeichneten Gutscheine insgesamt drei Pakete Keks im Gesamtgewicht von etwa 375 Gramm abgegeben und entnommen werden.

c) Säuglingsmehlkarte: Auf jeden Mehlabschnitt 120 Gramm Mehl. Auf die Abschnitte a und b statt insgesamt 240 Gramm Mehl 250 Gramm Nährmittel in den bekanntgegebenen Geschäften.

d) Zusatzbrotkarten: Auf jeden mit „Brotzulage für Schwerarbeiter" bezeichneten Abschnitt der Zusatzbrotkarte für Schwerarbeiter 225 Gramm Brot, insgesamt 450 Gramm Brot wöchentlich. Auf Zusatzbrotkarten anderer Art auf jeden mit A bezeichneten Abschnitt je 50 Gramm Brot.

Kartoffeln: 5 Pfund auf allgemeine Karten und Kartoffelkarten für Urlauber, und zwar je 1 Pfund auf die Abschnitte c bis g. Die Abschnitte a und b sind zum Bezuge von Kartoffeln ungültig. 3 Pfund auf die Kinderkarten, 2½ Pfund auf Zusatzkarten und 7 Pfund auf Schifferkarten.

Butter: 60 Gramm zum Preise von 68 ₰.

Vollmilch: Infolge des Rückganges der Zufuhren, soweit der vorhandene Vorrat dies zuläßt,

auf die Vollmilchkarten der Kinder:
½ Liter Vollmilch täglich für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre,
¼ „ „ „ „ „ „ 3. „ 4. „
¼ „ „ „ „ „ „ 5. „ 6. „

auf die Vollmilchkarten der Kranken:
Die auf die Milchkarten aufgedruckte Milchmenge.

Bei Milchknappheit steht den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre, nächst ihnen den kranken Personen, das Vorrecht zu.

Zucker: 200 Gramm, auf den Zuckerabschnitt der Warenbezugskarte für Kinder 400 Gramm, Säuglinge 400 Gramm.

Zuckerhaltige Aufstrichmittel: Auf den Marmeladenabschnitt Nr. 82 200 Gramm Marmelade.

Fleisch: 160 Gramm Fleisch, 40 Gramm Wurst.

Mühlenerzeugnisse: Auf die Nährmittelabschnitte a, b und c insgesamt 60 Gramm Mühlenerzeugnisse.

Nährmittel für Kinder: 250 Gramm auf Abschnitt 82 o der Warenbezugskarte für Kinder in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen.

Kaffee-Ersatz: S[illegible]eit noch nicht bezogen, ½ Pfund Kaffee-Ersatz auf den Kaffee-Abschn[illegible] Nr. 81. Auf die jeweils gültigen Schiffer- und Urlauberkarten dar[illegible] bis auf weiteres ½ Pfund Kaffee-Ersatz abgegeben werden.

Seife: Monatlich 125 Gramm Seifenpulver und 50 Gramm Feinseife.

Zwiebeln: 2 Pfund auf die Abschnitte 82 Q und R der allgemeinen Warenbezugskarte, 82 L und N der Warenbezugskarte für Kinder, 82 Q und R der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt, 82 K und L der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt.

Aepfel: 2 Pfund auf die Abschnitte 84 Q und R der allgemeinen Warenbezugskarte, 84 L und N der Warenbezugskarte für Kinder, 84 Q und R der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt, 84 K und L der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt.

Winterobst. In der nächsten Woche gelangen aus den Beständen des Kriegsversorgungsamts auf die Warenbezugskarte je 2 Pfund Aepfel zur Verteilung. Das Kriegsversorgungsamt hatte beabsichtigt, diese Aepfelverteilung erst zu Weihnachten vornehmen zu lassen. Die Verteilung muß bereits vom 2. Dezember an erfolgen, da es bei den augenblicklichen Verhältnissen nicht möglich gewesen ist, die Kähne, in denen die Aepfel eingelagert waren, ausreichend gegen Diebstahl zu schützen. Die Aepfel halten sich aber wohl jedenfalls bis Weihnachten. Die meisten von ihnen sind auch noch nicht völlig ausgereift. Ihre Reife wird erst ungefähr Weihnachten eintreten. Die Verteilung folgt den bekannten Grundsätzen, wonach die Ware in denjenigen Geschäften zu entnehmen ist, in deren Geschäftskundenliste der Käufer eingetragen ist. Auf jede Warenbezugskarte (Nr. 64) dürfen 2 Pfund Aepfel entnommen werden. Der Preis stellt sich auf 80 ₰ das Pfund.

Zwiebeln. In der mit dem 2. Dezember beginnenden Woche wird eine weitere Verteilung von Zwiebeln aus den Beständen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts stattfinden, die sich in der gewohnten Form vollzieht. Auf jede Warenbezugskarte werden 2 Pfund abgegeben. Der Preis stellt sich auf 40 ₰ das Pfund. Alles Nähere ergibt die Verordnung.

In der Brot- und Mehlversorgung treten von der 82. Woche an folgende Aenderungen ein:

Die allgemeine Brotration wird auf 2200 gr festgesetzt, und zwar werden auf die eigentlichen Brotabschnitte 1800 gr Brot (auf die Gutscheine E, F, G je 450 gr, auf die mit A, B, C, D und X bezeichneten Gutscheine je 50 gr), auf die beiden Mehlgutscheine je 200 gr Brot oder 150 gr Mehl verabfolgt.

Die Brotkarte für Kinder berechtigt zur Entnahme von 1700 gr Brot, und zwar auf die mit Z und K bezeichneten Gutscheine von je 50 gr Brot, auf die beiden mit M bezeichneten Gutscheine von je 200 gr Brot. An Stelle von Brot können auf die Z-Gutscheine insgesamt 640 gr Zwieback, auf die K-Gutscheine insgesamt 375 gr Keks auf die M-Gutscheine je 150 gr Mehl entnommen werden.

Die Brotzulage für Schwerarbeiter wird von 800 auf 450 gr wöchentlich herabgesetzt. Jeder Teilgutschein der Schwerarbeiterzusatzkarten gilt demnach über 225 gr Brot.

Das vorgeschriebene Gewicht des Einheitsbrotes wird auf 1800 gr erhöht. Entsprechend sind die Preise für das Einheitsbrot auf ℳ 1,04, für das Roggenschwarzbrot auf 76 ₰ festgesetzt. Die Preise entsprechen verhältnismäßig genau den bisher für Brote im Gewichte von 1600 gr gezahlten Preisen.

Kerzenverteilung. In der Bekanntmachung des Kriegsversorgungsamts vom 24. dieses Monats über die Kerzenverteilung findet sich insofern ein Schreibfehler, als im § 2 bestimmt ist, daß die Kleinhändler die abgetrennten Abschnitte der Petroleumkarten am 1. und 2. Dezember bei der Kontrollstelle, Kohlhöfen, einzureichen haben. Der 1. Dezember ist ein Sonntag. Die Bekanntmachung sollte daher lauten: am 2. und 3. Dezember. Die Kleinhändler werden also ersucht, die Karten am 2. und 3. Dezember einzureichen.

Der Soldatenrat Bezirkskommando I erläßt im Anzeigenteil unserer Zeitung eine Bekanntmachung, daß Auszahlungen von Entlassungsgeldern an gewissen Tagen nicht stattfinden.

Lohnforderungen der Klempner, Helfer und Elektriker.

Eine Mitglieder-Versammlung der Klempner, Helfer und Elektriker von Hamburg, Altona und Umgegend befaßte sich am 24. November mit dem Tarifverhältnis, dessen Aenderung allseitig für notwendig erkannt wurde. Kelly Bichels bemängelte, daß in verschiedenen Betrieben die Umwachung der Löhne von 9 auf 8 Stunden nicht erfolgt sei, obgleich die Ortsverwaltung die Innung darum ersucht habe. Er machte den Vorschlag, bis zum 1. April 1919 eine neue Teuerungszulage von ℳ 9 zu fordern, die auf die Stundenlöhne zu verrechnen sei. Nach sehr langer Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß die alte Wirtschaftsform erledigt und jetzt nur noch Einheitslöhne zu fordern seien, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die am 24. November 1918 im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Klempner, Elektriker und deren Helfer fordert einen Mindestlohn von ℳ 2,70 pro Stunde, für Helfer und Helferinnen ℳ 2,20. Jugendlich und weibliche Personen sollen, wie in Werftbetrieben jetzt üblich, entlohnt werden. Zahlbar vom 1. Dezember 1918 ab.

Vier Wochen vor Ablauf des Tarifs soll in Verhandlungen wegen Abschluß eines Tarifs getreten werden.

Kollege Sieperi, der über Kriegsbeschädigtenfürsorge sprach, führte hierzu aus, daß die Betriebsinhaber verpflichtet seien, prozentual ihrer beschäftigten Arbeiter Kriegsbeschädigte einzustellen. Von der Kollegenschaft wird erwartet daß sie die Kriegsbeschädigten als vollberechtigte Arbeiter anerkennt, sie ihrer Leiden wegen mit der größten Rücksicht behandelt und bei der Arbeit unterstützt. Die Kriegsbeschädigten müßten so entlohnt werden, daß Rente und Verdienst zusammen dem eines gesunden Kollegen gleichkämen. Kollege Bichels machte noch bekannt, daß ab 1. Dezember d. J. die Beiträge zur Ortskrankenkasse von 4½ auf 5 vZt. erhöht werden und die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen herabgesetzt wird.

Deutsches Schauspielhaus in Hamburg. Aus Anlaß der Heimkehr unserer Feldgrauen veranstaltet die Leitung des Schauspielhauses am Sonntag nachmittag 3½ Uhr eine Freivorstellung für Soldaten. Zur Aufführung kommt Lessings „Minna von Barnhelm oder das Soldatenglück." Die Vorstellung wird durch einen von Leo Wulff verfaßten Vorspruch „Heimat-Dank" eingeleitet, der von Carl Wagner gesprochen wird. Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist bereits verfügt.

Achtung! Elternabend des Jugendbunddistrikts Eimsbüttel Sonntag, den 1. Dezember, in der Aula Bogenstraße.

Im hetzenden Atem der Zeit wird mancher müd und mutlos, da können dann ein paar Stunden im Kreise junger Menschen wahre Wunder vollbringen. Vom Jugendbund, wo Jugend lacht und Jugend stürmt, ist noch niemand mutlos nach Haus gegangen. Deshalb laden wir alle Freunde, Eltern unserer Genossen und Genossinnen und alle heimgekehrten Soldaten zu unserm am Sonntag stattfindenden Elternabend ein.

Die Aula ist geheizt. Karten sind noch an der Kasse zu haben.

J. A.: A. H.

Achtung! Arbeiterjugend! Wir wenden uns zu ernster Stunde in wichtiger Sache an Euch, Ihr jungen Arbeiter, Ihr proletarischen Mädchen! Hat nicht jeder von Euch den neuen Hauch, der in den letzten Wochen durchs Land ging, verspürt? Ihr müßt um das tägliche Brot kämpfen, wie Eure älteren Arbeitsbrüder. Ihr teilt deren Leiden und Not. Euch alle, die Alten und Jungen verbindet das Los einer ausgebeuteten, rechtlosen Klasse. Eure älteren Arbeitsgenossen wissen sich längst zu wehren, und viele schon haben sich zu entschlossenem Kampf zusammengefunden. Ihr dürft nicht abseits stehen! Großes ist noch zu tun. Es gilt, die bescheidenen Errungenschaften der Revolution zu halten und vor allem dahin zu erweitern, daß eine Zeit anbricht, die kein Elend, keine Ausgebeuteten mehr kennt! Schließt Euch zusammen! Wir wissen, daß Ihr jung seid, daß die Jugend sich freuen will bei Tanz und Spiel. Wer wollte Euch das wehren! Aber vergeßt nicht den Ernst der Stunde! Nur Schulter an Schulter mit den Alten könnt Ihr Eure Ketten zerbrechen! Der linkssozialistische Jugendverein Hamburg ruft die Arbeiterjugend zu einer öffentlichen Jugendversammlung am Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Armgardstr. 24 (Hochbahn Uhlandstraße). Tagesordnung: Jugend und das Gebot der Stunde. Die Aktionsausschußmitglieder treffen sich heute abend bei der Genossin Kluge, Langenrehm 23 a, 4. Et.

Altona. Lebensmittelversorgung. In der nächsten Woche gelangen zur Verteilung: 2000 Gramm Brot, 150 Gramm Mehl, 60 Gramm Butter, 150 Gramm Zucker, 60 Gramm Nährmittel, 250 Gramm Brotaufstrich, 160 Gramm Fleisch, 10 Gramm Wurst, 5 Pfund Kartoffeln. Ein Teil der Kartoffeln ist schon in dieser Woche abgeholt worden. Kinder bis zum 6. Monat erhalten 375 Gramm Haferflocken, vom 6. bis 12. Monat 500 Gramm Haferflocken oder Zwieback, von 1. bis 3. Jahr 3 Rollen Zwieback.

Zum Direktor des Wohnungsamtes hat der Magistrat den Regierungsbaumeister Weidler, bisher bei der Baupolizei beschäftigt, gewählt. — Zur Wohnungspflegerin ist Fräulein Luise Lemcke, bisher Fabrikpflegerin in Düneberg, gewählt worden.

Stellingen-Langenfelde. Dörrgemüse (Wirsingkohl, Karotten, Mischgemüse, Steckrüben) und Zwiebeln beabsichtigt die Gemeinde im ganzen zu verkaufen. Reflektanten wollen sich im Gemeindebureau melden. — Einwohner, welche ihren Bedarf an Kartoffeln bereits auf Bezugsschein eingedeckt haben, haben die vom 1. November ab auf Karten bezogenen Kartoffeln, 1 Pfund pro Tag und Kopf, sofort an J. v. Ahnen, Wördemannsweg 26, zurückzugeben. — Gasverbrauch. Das Aufgeld von 50 ₰ pro Kubikmeter für zu viel verbrauchtes Gas wird nicht mehr erhoben. Gasverbrauchern, welche den festgesetzten Höchstverbrauch überschreiten, wird die Gaslieferung ein oder zwei Wochen oder länger entzogen.

Vermischte Nachrichten.

Für den Zentralkongreß der A.- und S.-Räte.

Am Dienstag, den 26. November, tagte in den Passage-Festsälen Neuköllns die Garnison Neukölln, das 64. Infanterieregiment. Die Versammlung verlief zum Teil recht stürmisch und nahm nach Referat und Korreferat folgende Resolution an: „Die heute in den Passage-Festsälen tagende Versammlung der 64er erhebt entschieden Protest gegen den Versuch, mit Hilfe einer Nationalversammlung die rücksichtslose Durchführung der Revolution zu verhindern. Die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Das Parlament der proletarischen Massen ist der Zentralkongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Versammlung stellt an die Regierung das dringende Verlangen, sofort die Schuldigen des Weltkrieges in Haft zu nehmen und sie vor ein Volksgericht zu stellen.

Das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft gibt bekannt: Die für Ende dieses Monats nach Nürnberg einberufene Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht mußte im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse bis auf weiteres verschoben werden.

Die Orgel als Hamsterlager. Aus Altenhagen bei Springe wird berichtet: Als vor einigen Tagen in der Kirche Kinder die Orgel reinigten, machte sich ein starker Tabakgeruch bemerkbar. Als sie deshalb die Orgel öffneten, fanden sie darin tatsächlich 3 bis 4 Pfund besten Tabak, Friedensware! Das war aber nicht alles, sondern es wurden auch 60 Zweipfundbüchsen Eingeschlachtetes und drei große Schinken gefunden. Die Kinder erzählten davon im Dorfe, und als am nächsten Tage nachgesehen wurde, hatte der unbekannte Hamster die Vorräte schon ausgeräumt.

F.-T.-Sprüche des Arbeiter- und Soldatenrates (Seewarte).

Hier eingelaufen am 28. November 1918, 8 Uhr abends.
Französischer Pressebericht.

Die Lügen der deutschen Diplomatie.

Nach der „Frankfurter Zeitung" wird in Deutschland behauptet, daß die Münchener Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges auf Veranlassung des bayerischen Vertreters in Bern, Professor Foerster, geschehen seien, der auf den Ratschlag eines Vertreters von Clemenceau seine Regierung gebeten habe, die genannten Dokumente zu veröffentlichen, da ein Geständnis Deutschlands nur zur schnellen Herbeiführung des Friedens beitragen könnte. Das Havas-Bureau erklärt, daß diese Behauptung reine Phantasie sei. Niemals und in keiner Form hat Clemenceau Beziehungen zu offiziellen, offiziösen oder geheimen Agenten Nord- oder Süddeutschlands gehabt, daher kann auch nichts dieser Art auf Veranlassung der französischen Regierung geschehen sein.

F.-T.-Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg (Seewarte) (gez.) Gelpke.

Anzeigen.

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates für Hamburg, Altona u. Umgegend.

Pässe für Reiseerlaubnis.

Pässe für Reiseerlaubnis nach dem Auslande werden nur noch bei der Behörde für Paßwesen, Hamburg, Dammtorstr. 10, ausgestellt und dort mit dem Sichtvermerk des Arbeiter- und Soldatenrates versehen.

Warnung vor dem Ankauf von Diebesgut.

Es besteht Veranlassung, eindringlich vor dem Erwerb offenbar gestohlener Waren zu warnen. Wer Sachen von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie durch Diebstahl erlangt sind, ankauft oder sonst an sich bringt, oder zu deren Absatz bei andern mitwirkt, wird als Hehler mit Gefängnis bestraft; wer es gewerbsmäßig tut, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren. Diesen Strafen setzt sich auch der aus, der von unbekannten Personen Waren erwirbt, die auch den Umständen nur durch Diebstahl erlangt sein können. Die so häufig auftretende Behauptung, Waren von einem Unbekannten erhalten zu haben, schützt also nicht vor Strafe. Wer sich über den Erwerb von Lebensmitteln nicht in zuverlässiger Weise ausweisen kann, hat die vorläufige Festnahme durch die Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates zu gewärtigen.

Hamburg, 27. November 1918.

Abänderung der Polizeistunde.

Ab 1. Dezember d. J. ist die Polizeistunde auf **11 Uhr** abends festgelegt.

Jungmannschaften.

Die bestehenden Jungmannschaften in Hamburg-Altona und Umgegend sind aufgehoben; sie haben ihre Waffen unverzüglich bei den Waffensammelstellen (Polizeiwachen usw.) abzugeben.

Betreten des Bahnhofs.

Allen nichtreisenden Militär- und Zivilpersonen ist das Betreten der Bahnhöfe streng verboten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Zivilpersonen dürfen die Bahnhöfe nur dann betreten, wenn sie im Besitze einer gültigen Fahrkarte bezw. eines Gepäckscheines sind. Sie haben sich nach Lösung der Fahrkarte sofort auf den Bahnsteig zu begeben. Den Anordnungen der Bahnhofswachen und Posten, die diesbezügliche strenge Anweisungen haben, ist unverzüglich Folge zu leisten.

Auflösung der Justizkommission in Altona.

Die Justizkommission in Altona ist aufgelöst; ihre Geschäfte sind der vom A.- und S.-Rat für Hamburg, Altona und Umgegend eingesetzten Justizkommission übergeben.

Nachrichten- und Presse-Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Das Bureau der Nachrichten- und Presseabteilung des A.- und S.-Rates befindet sich vom Freitag, 29. November, ab im Rathause, Pressezimmer (Tel. Elbe 5343, Nebenst. 2).

Die Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates.
Freund. Wolf.

Bildung eines Aerzte- und Soldatenrates im Reserve-Lazarett Wandsbek.

Im Reserve-Lazarett Wandsbek hat sich ein Aerzte- und Soldatenrat gebildet, ersterer gewählt von den Aerzten, letzterer von den Insassen des Lazaretts. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Abteilung Barmbeck:
Terrain: Schütze Spindler.
Baracken: Kanonier Münster. Dr. Haenisch.
Abteilung Schule Rübenkamp:
Sergant Gronberg. Dr. Knack.
Abteilung Friedrichsberg:
Landstm. Alexander. Dr. Rautenberg.
Abteilung Schule, Kurze Reihe:
Sergant Eggers. Oberstabsarzt Dr. Reimers.
Abteilung Reichardtheim und Villa Sturm:
Landstm. Blanke. Kriegsassistenzarzt Dr. Nychgram.

Marine!

Verlassen der Lazarette von Kameraden mit ansteckenden Krankheiten.

Sämtliche Kameraden mit ansteckenden Krankheiten, die ohne ärztliche Erlaubnis ihr Lazarett verlassen haben, werden aufgefordert, sich innerhalb 24 Stunden nach Bekanntmachung dieser Anordnung in ihrem Lazarett wieder einzufinden, da sonst die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet wird. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird streng bestraft.

Der Oberste Marinerat der Niederelbe.
gez. Stürmer.

Der Aerzterat in Hamburg.
J. A.:
Dr. Ernst Friedrich Müller.

Es mehren sich in den Lazaretten die Fälle, daß Soldaten mit ansteckenden Krankheiten ohne ärztliche Erlaubnis die Lazarette, Heilstätten usw. verlassen. Um der großen Gefahr einer Verseuchung der Bevölkerung vorzubeugen, haben die lokalen Soldatenräte mit aller Strenge darüber zu wachen, daß die kranken Kameraden über diese Gefahr belehrt und unbedingt bis zu ihrer Heilung in den Heilstätten und Lazaretten zurückgehalten werden.

Der Aerzterat in Hamburg.
J. A.:
Dr. Ernst Friedrich Müller.

Beamtenrat.

Der Beamtenrat hat mit den zuständigen Stellen zunächst über die **Aufhebung der Residenzpflicht, die Beseitigung der Geheimen Personalakten und die Gewährung weiterer laufender und einmaliger Teuerungszulagen verhandelt.** Die Residenzpflicht ist daraufhin bereits aufgehoben. Die nächsten Tage werden auch die Entscheidung bezüglich der anderen Fragen bringen. Hinsichtlich der Kündigung der durch die Demobilisierung **stellenlos werdenden Kriegsaushilfskräfte** hat der Beamtenrat seine Forderungen durchgesetzt, die den Behörden gestern bekanntgegeben worden sind. Im einzelnen ist zu erwähnen, daß in der Regel keine Entlassung vor dem 31. Dezember erfolgen darf und sämtlichen, auch früher abgehenden Angestellten die beiden letzten Raten der Teuerungszulage ausgezahlt werden. Für die ausscheidenden Kräfte wird eine **Arbeitsvermittlungsstelle** dem Beamtenrat angegliedert.

Die Geschäftsräume des Beamtenrats befinden sich ab heute Dammtorwall 37, 3. Et., Fernruf: Merkur 594, 595.

Bekanntmachung betreffend die Abgabe von Petroleum.

§ 1.

Gemäß § 8 der Bekanntmachung, betreffend Abgabe von Kartenpetroleum, vom 23. Dezember 1915 wird bekanntgegeben, daß am Montag, 2. Dezember 1918, auf den für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1918 gültigen Abschnitt der Petroleumkarte an Petroleum höchstens abgegeben und entnommen werden darf:

bei den gelben (Heimarbeiter-)Petroleumkarten 6 Liter,
bei den roten Petroleumkarten 3 Liter.

Der Preis beträgt 45 ₰ für das Liter.

§ 2.

Das Petroleum ist für den ganzen Monat Dezember bestimmt. Eine Abgabe von Petroleum auf den zweiten Dezemberabschnitt findet nicht statt, jedoch wird dringend empfohlen, den zweiten Dezemberabschnitt aufzubewahren, da auf ihn, falls entsprechende Zuweisungen seitens des Reiches erfolgen, Kerzen verteilt werden sollen.

§ 3.

Die Kleinhändler haben die von ihnen abgetrennten Abschnitte der Petroleumkarten am 16. und 17. Dezember auf gummierte Vordrucke aufgeklebt, in einem verschlossenen Umschlage, auf dem Name und Adresse des Händlers und Name und Adresse der Verkaufsstelle, sowie die Angahl der abgelieferten Abschnitte zu verzeichnen sind, bei der Kontrollstelle Kohlhöfen 22 abzuliefern.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Hamburg, den 29. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend Ausgabe von Pferdefutter.

Gemäß § 7 der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1917, betreffend Ausgabe von Futtermittelkarten, wird bestimmt:

§ 1.

Für die drei Wochen vom 2. bis 22. Dezember 1918 darf bezogen und abgegeben werden:

I. An Hafer:

a) auf jeden Haferabschnitt der Allgemeinen Futtermittelkarte für Pferde (blaue Karte) 2½ Pfund;

b) auf jeden Haferabschnitt der Futtermittelkarte für Pferde in Brennereien und Brauereien (grüne Karte) je 2½ Pfund für den Tag (oder 5 Pfund Einheitsfutter);

c) auf den Haferabschnitt der Futtermittelkarte für Ponys (gelbe Karte) kein Hafer.

II. An Beifutter:

1. auf den Beifutterabschnitt der Allgemeinen Futtermittelkarte für Pferde (blaue Karte) und Futtermittelkarte für Pferde in landwirtschaftlichen Betrieben (rosa Karte) je 7½ Pfund für den Tag.

Pferdehalter, die außer Hafer auch Beifutter beziehen wollen, haben keinen Anspruch auf gesonderte Lieferung des Hafers und des Beifutters. Die Futtermittelhändler sind vielmehr berechtigt, statt des Hafers und des Beifutters 10 Pfund Einheitsfutter für den Tag abzugeben;

2. auf den Haferabschnitt der Futtermittelkarte für Ponys (gelbe Karte) 7 Pfund Einheitsfutter für den Tag.

III. An Heu und Häcksel aus den Beständen des Kriegsversorgungsamts:

Auf die Häcksel- und Heuabschnitte der Futtermittelkarten für die Woche je 30 Pfund Heu bezw. 40 Pfund Häcksel.

Es wird darauf hingewiesen, daß vielleicht nicht alle Futtermittelhändler in der Lage sein werden, aus den Beständen des Kriegsversorgungsamtes Häcksel in dieser Menge zur Verteilung zu bringen.

§ 2.

Auf die mit Kraftstroh bezeichneten Abschnitte 82 bis 84 dürfen für die Zeit vom 2. bis 22. Dezember 1918 insgesamt 60 Pfund Kraftstroh abgegeben und entnommen werden.

§ 3.

Auf die mit 4, 5 und 6 bezeichneten Abschnitte der Futtermittelkarten dürfen, soweit vorrätig, für die Zeit vom 2. bis 22. Dezember 1918 insgesamt 100 Pfund Futterbrot abgegeben und entnommen werden.

§ 4.

Auf die Futtermittelzulagekarten gelangt auf den für die Zeit vom 2. bis 22. Dezember 1918 gültigen Abschnitt eine Menge von 80 Pfund Zulagefutter zur Verteilung.

§ 5.

Für Luxuspferde darf keinerlei Futter bezogen und abgegeben werden.

§ 6.

Die abgetrennten Abschnitte der Futtermittelkarten sind spätestens am 27. Dezember 1918 gemäß § 8 der Verordnung vom 16. Oktober 1917 dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt einzureichen.

Hamburg, den 29. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über eine weitere Verteilung von Zwiebeln aus den Beständen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts.

§ 1.

1. In der Woche vom 2. bis 7. Dezember 1918 soll eine weitere Verteilung von Zwiebeln aus den Beständen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes an die Inhaber der für die Woche vom 2. bis 7. Dezember gültigen allgemeinen Warenbezugskarte, der Warenbezugskarte für Kinder, der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt und der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt (Nr. 82) erfolgen.

2. Auf jede Warenbezugskarte dürfen gegen Abtrennung und Einbehaltung der Abschnitte
82 „Q" und „R" der allgemeinen Warenbezugskarte,
82 „L" und „N" der Warenbezugskarte für Kinder,
82 „Q" und „R" der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt und
82 „K" und „L" der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt
2 Pfund Zwiebeln zum Preise von 40 ₰ für das Pfund abgegeben und entnommen werden.

§ 2.

Die Zwiebeln dürfen nur in denjenigen Gemüsegeschäften bezogen und abgegeben werden, in deren Gemüsekundenliste der Käufer eingeschrieben ist.

§ 3.

Die Inhaber der Gemüsegeschäfte dürfen die ihnen vom Hamburgischen Kriegsversorgungsamt zugeteilten Zwiebeln nur gemäß den Vorschriften der §§ 1 und 2 abgeben. Sie haben die einbehaltenen Abschnitte der Warenbezugskarten auf einen von der Gemüsestelle des Kriegsversorgungsamtes, Schauenburgerstr. 15/19, zu beziehenden gummierten Vordruck aufzukleben und diesen unter Angabe von Namen und Adresse des Verkäufers der Gemüsestelle, Schauenburgerstr. 15/19, bis zum 14. Dezember 1918 einzuliefern.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 bestraft.

Hamburg, den 27. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend Marktbesuchstage für Händler u. Großverbraucher

Gemäß § 8 der Bekanntmachung vom 27. Juli 1917 wird die Besuchsordnung für Händler und Großverbraucher auf dem Deichtormarkt in der Woche vom 1. bis 7. Dezember 1918 wie folgt bekanntgegeben:

	Hauptmarkt	Nebenmarkt vormittags	Nebenmarkt nachmittags
1. Gruppe: Händler (A-H) ..... Großverbraucher (A-G)	Montag u. Freitag	Mittwoch u. Sonnabend	Donnerstag
2. Gruppe: Händler (J-P) ..... Großverbraucher (H-P)	Mittwoch	Sonntag, Dienstag u. Freitag	Sonnabend
3. Gruppe: Händler und Großverbraucher (Q-Z)	Freitag	Montag u. Donnerstag	Dienstag

Hamburg, den 29. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Berichtigung.

In der Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes vom 27. November d. J. über Aenderungen in der Brotversorgung muß § 3 Abs. 1 wie folgt lauten:

„Von Sonnabend, 30. November 1918, ab dürfen auf die mit E, F und G bezeichneten Gutscheine der allgemeinen Brotkarte je 450 Gramm Brot, auf die mit A, B, C, D und X bezeichneten Gutscheine je 50 Gramm Brot und auf die mit M bezeichneten Gutscheine je 200 Gramm Brot oder 150 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden. Der mit Y bezeichnete Gutschein ist ungültig."

Hamburg, den 28. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über die Abgabe von Lebensmitteln.

1. Kartoffeln.

§ 1.

In der Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1918 dürfen in der Stadt Hamburg auf die allgemeine Kartoffelkarte und auf die Kartoffelkarte für Militärurlauber 5 Pfund Kartoffeln, und zwar auf jeden der Abschnitte c, d, e, f und g je 1 Pfund, abgegeben und entnommen werden.

Die Abschnitte a und b sind zum Bezuge von Kartoffeln ungültig.

Von Sonnabend bis Dienstag einschließlich dürfen auf jede Karte höchstens 3 Pfund abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte c, d und e. Die Abgabe des Restes auf die Abschnitte f und g ist erst ab Mittwoch zulässig.

Im übrigen bleiben die Vorschriften über Abgabe von Kartoffeln auf Zusatzkarten, Warenbezugskarten für Kinder und Schifferkarten unberührt.

2. Zuckerhaltige Aufstrichmittel.

§ 2.

Auf den Marmeladen-Abschnitt der für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1918 gültigen Warenbezugskarte (Nr. 82) dürfen 200 Gramm Marmelade abgegeben und entnommen werden.

Der Kleinverkaufspreis beträgt:
40 ₰ für 200 Gramm Reingewicht,

3. Mühlenerzeugnisse.

§ 3.

Auf die Abschnitte 82 a, 82 b, 82 c der für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1918 gültigen allgemeinen Warenbezugskarte und Warenbezugskarte für Kinder (Nr. 82) gelangen insgesamt 60 Gramm Mühlenerzeugnisse, und zwar 30 Gramm auf Abschnitt 82 a und je 15 Gramm auf die Abschnitte 82 b und 82 c zur Verteilung.

Bei Verzicht auf Essenentnahme in den Kriegsküchen sind bei Entnahme von 60 Gramm Mühlenerzeugnissen die mit 82 a, 82 b und 82 c bezeichneten Abschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte bezw. Kinderwarenbezugskarte abzugeben und abzutrennen.

Diejenigen, welche Essen in den Kriegsküchen erhalten, können auf den Abschnitt 82 a 30 Gramm Mühlenerzeugnisse beziehen. Die mit 82 b und 82 c bezeichneten Abschnitte berechtigen entweder zur Entnahme von 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen für 3 Tage oder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen für eine Woche — beides unter gleichzeitiger Abgabe der vorgeschriebenen Fleischkarten- und Kartoffelkarten-Abschnitte — oder zur Empfangnahme von je 15 Gramm Mühlenerzeugnissen in den Kleinverkaufsstellen.

Die Mühlenerzeugnisse sind ausschließlich bei dem Kleinhändler, bei dem die Eintragung in die Kundenliste für Mühlenerzeugnisse erfolgt ist, zu beziehen.

§ 4.

Auf jeden der beiden Abschnitte der Nährmittelzusatzkarten für Rüstungsarbeiter dürfen 15 Gramm Mühlenerzeugnisse abgegeben werden. Sie können in den Kriegsküchen in der gleichen Weise wie die Abschnitte 82 b und 82 c der allgemeinen Warenbezugskarte zur Entnahme von Essen verwandt werden.

§ 5.

Verteilt wird vorwiegend Suppenmasse, doch sind die Kleinhändler berechtigt und verpflichtet, soweit noch Restbestände aus den Vorwochen vorhanden sind, diese zunächst abzugeben.

Die Preise für Suppenmasse betragen:

Würfel nach Auszeichnung pro Stück 10 ₰.

	Suppe Nr. 28	Gerstensuppe	Grießsuppe	Suppe Nr. 35	Suppe Nr. 30	Haushaltsuppe
10 Gramm ℳ	—,02	—,02	—,02	—,02	—,02	—,02
20 „ „	—,04	—,03	—,03	—,04	—,04	—,04
30 „ „	—,06	—,05	—,04	—,06	—,06	—,05
40 „ „	—,08	—,06	—,05	—,08	—,08	—,07
50 „ „	—,10	—,07	—,07	—,10	—,09	—,09
60 „ „	—,11	—,09	—,08	—,12	—,11	—,10
120 „ „	—,22	—,17	—,15	—,24	—,22	—,20
180 „ „	—,33	—,25	—,22	—,36	—,32	—,30
240 „ „	—,44	—,35	—,30	—,48	—,43	—,40
300 „ „	—,55	—,41	—,37	—,60	—,54	—,50
360 „ „	—,66	—,49	—,44	—,72	—,64	—,60
420 „ „	—,77	—,58	—,52	—,84	—,75	—,70
480 „ „	—,88	—,66	—,59	—,96	—,85	—,80
540 „ „	—,99	—,74	—,66	1,08	—,96	—,90
600 „ „	1,10	—,82	—,74	1,20	1,07	—,99

	Suppe Nr. 27	Suppe Nr. 34	Suppe Nr. 24	Kartoffelsuppe
10 Gramm ℳ	—,02	—,02	—,02	—,02
20 „ „	—,04	—,04	—,04	—,04
30 „ „	—,06	—,05	—,06	—,05
40 „ „	—,08	—,08	—,07	—,07
50 „ „	—,10	—,10	—,09	—,08
60 „ „	—,12	—,12	—,11	—,10
120 „ „	—,23	—,23	—,21	—,19
180 „ „	—,35	—,34	—,32	—,28
240 „ „	—,46	—,45	—,42	—,37
300 „ „	—,57	—,57	—,53	—,46
360 „ „	—,69	—,68	—,63	—,55
420 „ „	—,80	—,79	—,74	—,64
480 „ „	—,92	—,90	—,84	—,73
540 „ „	1,03	1,01	—,95	—,82
600 „ „	1,14	1,13	1,05	—,91

Bei Abgabe von einem Würfel werden 10 Gramm lose Suppenmasse mitgeliefert, weil ein Würfel 50 Gramm wiegt.

§ 6.

Auf den Abschnitt 82 e der für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1918 gültigen Warenbezugskarte für Kinder dürfen in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen 250 Gramm Nährmittel (im allgemeinen in Packung) abgegeben und entnommen werden.

4. Vollmilch.

§ 7.

Auf die Vollmilchkarten der Kinder werden verteilt:
¾ Liter Vollmilch täglich für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre
½ „ „ „ „ „ 3. „ 4. „
¼ „ „ „ „ „ 5. „ 6. „

Die Krankenmilchkarten sind voll zu beliefern.

5. Butter und Margarine.

§ 8.

Für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1918 wird die Abgabe von 60 Gramm Eßbutter auf den Kopf der Bevölkerung zugelassen.

Der Preis beträgt:
für 60 Gramm Eßbutter 68 ₰.

Margarine wird auf die allgemeine Warenbezugskarte nicht verabfolgt.

Die Kleinhändler dürfen die Eßbutter an die Verbraucher nur gegen Abtrennung des Butter- und Streichfett-Abschnittes der für die Woche gültigen Bezugskarte abgeben. Die Kleinhändler haben diese beiden Abschnitte zusammenhängend abzutrennen und einzuliefern.

§ 9.

Auf Bezugsscheine, Kontrollbücher und Zusatzkarten, die auf Margarine lauten, insbesondere auch auf die Karten der Rüstungsarbeiter, haben die Kleinhändler, soweit sie noch Kochbutter vorrätig haben, Kochbutter abzugeben zum Preise von 68 ₰ für 60 Gramm. Soweit Kochbutter nicht mehr vorhanden ist, haben die Kleinhändler die erforderliche Margarine von ihren Großhändlern abzufordern. Der Margarinepreis bleibt unverändert.

Auf die Binnenschifferkarten sind insgesamt 60 Gramm Eßbutter (dagegen keine Margarine oder Kochbutter) abzugeben.

6. Strafbestimmungen.

§ 10.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der außerhalb der für die Abgabe der Waren festgesetzten Zeit Waren abgibt oder entnimmt.

Hamburg, den 29. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über eine Verteilung von Aepfeln aus den Beständen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts.

§ 1.

1. In der Woche vom 2. bis 7. Dezember 1918 soll eine Verteilung von Aepfeln aus den Beständen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes an die Inhaber der für die Woche vom 16. bis 21. Dezember gültigen allgemeinen Warenbezugskarte, der Warenbezugskarte für Kinder, der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt und der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt (Nr. 84) erfolgen.

2. Auf jede Warenbezugskarte dürfen gegen Abtrennung und Einbehaltung der Abschnitte
84 „Q" und „R" der allgemeinen Warenbezugskarte,
84 „L" und „N" der Warenbezugskarte für Kinder,
84 „Q" und „R" der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt und
84 „K" und „L" der Warenbezugskarte für Schiffer in Fahrt
2 Pfund Aepfel zum Preise von 80 ₰ für das Pfund abgegeben und entnommen werden.

§ 2.

Die Aepfel dürfen nur in denjenigen Geschäften bezogen und abgegeben werden, in deren Gemüsekundenliste der Käufer eingeschrieben ist.

§ 3.

Die Inhaber der Gemüsegeschäfte dürfen die ihnen vom Hamburgischen Kriegsversorgungsamt zugeteilten Aepfel nur gemäß den Vorschriften der §§ 1 und 2 abgeben. Sie haben die einbehaltenen Abschnitte der Warenbezugskarten auf einen von der Gemüsestelle des Kriegsversorgungsamtes, Schauenburgerstr. 15/19, zu beziehenden gummierten Vordruck aufzukleben und diesen unter Angabe von Namen und Adresse des Verkäufers der Gemüsestelle, Schauenburgerstr. 15/19, bis zum 28. Dezember 1918 einzuliefern.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 bestraft.

Hamburg, den 28. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über die Abgabe von Kalziumkarbid im Monat Dezember 1918.

§ 1.

Auf jeden Abschnitt A, B und C der Bezugskarten für Kalziumkarbid darf bis auf weiteres in den zum Verkauf mit Kalziumkarbid zugelassenen Geschäften 2 kg Kalziumkarbid abgegeben und entnommen werden. Die Abschnitte haben nur in dem auf ihnen angegebenen Monat Gültigkeit.

Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei Abgabe von Kalziumkarbid die jeweils gültigen Abschnitte von der Bezugskarte abzutrennen und sie vor Abgabe des ganzen ihnen zur Verteilung übergebenen Vorrats, spätestens zweimal monatlich, und zwar am 16. beziehungsweise 28. Dezember in einem geschlossenen Briefumschlag, auf dem Name und die Geschäftsadresse des Kleinhändlers sowie die Anzahl der in dem Briefumschlag enthaltenen Abschnitte zu vermerken ist, im Bureau des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, Zentralabteilung, Gr. Burstah 31/33, 2. Stock, Zimmer 214, gegen Empfangsbescheinigung einzureichen.

Auf Abschnitte, die vom Kopfstück der Bezugskarte abgetrennt sind, darf Kalziumkarbid nicht abgegeben und entnommen werden.

§ 2.

Der Kleinverkaufspreis für Kalziumkarbid beträgt im Monat Dezember 1918:
ℳ 1,50 für 1 kg lose Ware,
ℳ 2,32 für 1 kg in Dosen verpackte Ware.

Als Dosen gelten nur die im Handel mit Kalziumkarbid üblichen, mit einem den Zutritt der Luft abschließenden Deckel versehenen Blechdosen.

§ 3.

Zur Beleuchtung gewerblicher Betriebsstätten kann die Freigabe größerer Mengen Kalziumkarbids beim Hamburgischen Gewerbeaufsichtsamt, Admiralitätstr. 56, 1. Stock, beantragt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Lagerung von Kalziumkarbid nach der Azetylenverordnung vom 10. Oktober 1913 der Polizeibehörde anzuzeigen ist.

§ 4.

In der am 25. Oktober 1918 veröffentlichten Liste der mit der Verteilung von Kalziumkarbid betrauten Geschäfte sind folgende Aenderungen vorzunehmen:

a) zu streichen sind folgende Geschäfte:

Winterhude:
Winterhuder Fahrradhaus, Barmbeckerstraße 191;

Rotherbaum:
P. Uffer, Schlüterstr. 86,
R. Rieß, Wohng.: Bieberstr. 3, Lager: Grindelhof 59;

b) hinzugekommen sind folgende Geschäfte:

Barmbeck:
Jankowitsch, Bramfelderstr. 12,
Todorowitsch, Fuhlsbüttelerstr. 118;

Neustadt:
H. Hermann Steenbock, Abc-Straße 57;

Eimsbüttel:
B. Ohlrogge, Lindenallee 68;

c) die Adresse des Händlers H. Schade, Fuhlsbüttel, lautet wie folgt:

Fuhlsbüttel, Beim Storchnest 7.

§ 5.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Hamburg, den 29. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über die Auszahlung der Einquartierungsgelder.

Die bis Ende November d. J. zuständige Quartierentschädigung wird in der Zweigstelle des

Einquartierungsamts, Rödingsmarkt 9

(altes Klopperhaus), vom 2. bis zum 31. Dezember d. J., werktäglich von 9 bis 2 Uhr, gegen Rückgabe des Quartierzettels ausgezahlt.

Die Auszahlung erfolgt nach Stadtteilen:

für **Altstadt** und **Neustadt**	vom	**2.**	bis **4.**	Dezember
„ **St. Georg** und **Winterhude**	„	**5.**	„ **7.**	„
„ **Barmbeck** und **Uhlenhorst**	„	**9.**	„ **11.**	„
„ **Eimsbüttel**	„	**12.**	„ **14.**	„
„ **St. Pauli**	„	**16.**	„ **18.**	„
„ **Eppendorf**	„	**18.**	„ **20.**	„
„ **Harvestehude**	„	**20.**	„ **23.**	„
„ **Rotherbaum**	„	**23.**	„ **28.**	„
„ **die übrigen Stadtteile**	„	**28.**	„ **31.**	„

Der Inhaber des Quartierzettels hat sich auf Anfordern durch seinen **Meldeschein** oder andere geeignete Papiere auszuweisen. Bevollmächtigte (Boten usw.) haben außerdem Ausweispapiere der Quartiergeber vorzulegen.

Hamburg, den 26. November 1918.

Das Statistische Amt. Einquartierungsamt.

Bekanntmachung.

Löhnungsauszahlung findet statt am Sonntag, 1. Dezember 1918, und am Montag, 2. Dezember 1918, auf dem Schulhof der Volksschule Poolstraße 5, und zwar treten an:

Unteroffiziere.....,	Sonntag,	1. 12. 18,	um	10 Uhr	vorm.,
1.— 5. Korporalschaft	„	1. 12. 18,	„	11 „	„
6.—10. „	Montag,	2. 12. 18,	„	9 „	„
11.—15. „	„	2. 12. 18,	„	10 „	„
16.—21. „	„	2. 12. 18,	„	11 „	„

III. Sammelkompagnie.

Bekanntmachung.

Löhnungsauszahlung

findet statt am **Sonntag, 1. Dezember,** auf dem Schulhofe der Volksschule **Poolstr. 5,** und zwar treten an

1. bis 4. Korporalschaft um **11** Uhr
5. „ 8. „ „ **12** „
alle weiteren ..... „ **1** „

II. Sammelkompagnie.

Bekanntmachung.

An folgenden Tagen finden beim Bezirks-Kommando I, Hamburg, Kohlhöfen 22, Auszahlungen von Entlassungsgeldern usw. **nicht** statt:

Sonnabend, den 30. November 1918
„ „ 7. Dezember 1918
Mittwoch, „ 11. „ 1918
Sonnabend, „ 21. „ 1918

Der Soldatenrat des Bezirks-Kommandos I.
J. A.: Thewes. Becker.

Bekanntmachung.

1. Sammelkomp. Ers.-Batl. Res.-Inf.-Regt. 76,
Poolstraße 5, Schulhof.

Löhnungsappell!

Buchstabe **A—K** Sonnabend, 30. 11. 18, 1 Uhr nachmittags, ausschließlich Unteroffiziere und Gefreite.
Buchstabe **L—V** Sonntag, 1. 12. 18, 9½ Uhr vormittags, ausschließlich Unteroffiziere und Gefreite.
Buchstabe **W—Z** Montag, 2. 12. 18, 9½ Uhr vormittags, sowie Unteroffiziere und Gefreite sämtl. Buchstaben.

Baasch,
Feldwebel und Kompagnieführer.

Achtung! Linksradikale!

Am Sonntag, den 1. Dezember 1918 vormittags 10 Uhr
findet in der
„Erholung" Holstenplatz
eine
Allgem. Mitglieder-Versammlung
statt.

Tagesordnung: Organisationsfragen.

Zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich!

Achtung! Genossen!

Am Montag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der **„Karlsburg"**, Ecke Schopenstehl und Fischmarkt, eine

Versammlung

derjenigen Militär- und Zivilpersonen statt, die während des Krieges aus politischen Gründen **inhaftiert** waren.

Die Linksradikale Partei.

Achtung! Achtung!

Pulverarbeiter Düneberg

Große Versammlung

sämtlicher in der Fabrik beschäftigt gewesener Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem

Heiligengeistfelde am Sonnabend, 30. November
Nachmittags 3½ Uhr.

Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu unserer Entlassung!

Die Einberufer.

Kameraden des Hamburger Landsturms!

Sonnabend, abends 8 Uhr

findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof eine öffentliche

Soldaten = Versammlung

statt, zu der alle Kameraden aus der Front und der Heimat mit ihren Frauen eingeladen sind.

Soldatenrat des Ldst. J. E. Btl.
gez. Lodder.

Bettwärmer-Kruken

Ich mache auf diesen Artikel besonders aufmerksam. Hierin ist **großer Absatz** zu erzielen. Bei Abnahme von 50 Stück frei Haus. Korken werden mitgeliefert.

Flaschen-Engros Altona
Große Bergstraße 207. Telephon Vulkan Nr. 2438.

Pelze!

Alaska-Fuchs, Blau-Fuchs, Iltis, Electric und sämtliche modernen Fellarten.

Billigste Preise.

2 Schlager!

Alaska-Fuchs-Garnitur (Nachahmung) **71.00 ℳ**
Kragen ℳ 33,—, Muff ℳ 38,—

Blaufuchs-Garnitur (Nachahmung) **130.00 ℳ**
Gr. Kragen ℳ 65,—, Gr. Muff ℳ 65,—

Rein Leder- und Kunst-Lederwaren.
Damen-Taschen, Portemonnaies, Brieftaschen etc.
Enorme Auswahl, billigste Preise.

A. M. Polack & Co.

Hütten 85/89, rechts vom Zeughausmarkt.

Habe meine **Praxis** wieder aufgenommen.

Heinrich Dun

Spezialbehandl. sämtl. Geschlechtskrankh., fr. u. veralt. Harnröhrenleiden, Schwächezustände, Folgen d. Jugendsünden. **Admiralitätstr. 17 I.** Sprechst. 11-2 u. 5-8 U.

Schreibmaschinen
Friedensware, div. Systeme, noch vorrätig!
Friedrich J. Weber,
Schauenburgerstraße 5.
9—1, 3—5 Uhr. Gbe 2770.

30 geschlachtete Pferde.
Verkauf am 30. November ab 9 Uhr.
Auch Montag und Dienstag.
Erichstraße 54. St. P.

Marken
liefert seit 1879
Jean Holze
Besenbinderhof 70.

Hamburger Kammerspiele.
Besenbinderhof 50. Merkur 443.
Direktion: **Erich Ziegel.**

Freitag, 29. Nov., abd. 8 Uhr **Strindberg-Abend: Gläubiger. — Mit dem Feuer spielen.**
Sonnabend, 30. Nov., abds. 8 U.: **Der Brand i. Opernhaus.**
Sonntag, 1. Dez., abds. 8 Uhr: **Der Brand i. Opernhaus.**
Montag, 2. Dez., weg. Generalprobe zu Hasenclevers Drama **„Der Sohn"** geschlossen.
Täglich, nachmittags 4 Uhr: **Sneewittchen und die 7 Zwerge,** Märchenspiel v. C. A. Görner, bearb. v. Georg Tucher, Mus. v. Alfred Hirsch. **Mit richtigen Zwergen.** Jeder Erwachsene 1 Kind frei.

Neues Operetten-Theater.

Dienstag, 3. Dezember sowie Mittwochs, Sonnabends nachm. 3 Uhr, zu ermässigten Preisen:
In gänzlich neuer, entzückender Ausstattung
Dornröschen, Schneewittchen, Rotkäppchen, Der gestiefelte Kater, Aschenbrödel.
Die goldene Märchenwelt.
Musik von **Heinrich Berté.**
Autor von **„Das Dreimäderlhaus".**
10 grosse Kinderballets.
Einstudiert von **Edwiga Gantenberg.**
Jeder Erwachs. 1 Kind frei oder 2 Kinder 1 Karte.

Deutsches Schauspielhaus in Hamburg.
Freitag, 29. Novemb., 7½ Uhr: **Der Schöpfer.** Ein Schauspiel in 4 Aufzügen von Hans Müller. Ende 10½ Uhr.
Sonnab., 30. Nov., nachm. 3 Uhr: Vorstellung für die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg: **Das Konzert.** Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist bereits verfügt.
Anfang 3 Uhr, Ende nach 5 Uhr.
Sonnab., 30. Nov., ab. 7½ Uhr: In der Neu-Inszenierung. Auf der Stilbühne: **Die Braut von Messina,** od.: **Die feindlichen Brüder.**
Anf. 7½ Uhr, Ende geg. 10 Uhr.
Sonntag, 1. Dez., mitt. 12 U.: Vorstellung des Vereins für Volksvorstellungen und Theaterkultur in Hamburg. **Iphigenie auf Tauris.** Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist bereits verfügt.
Sonntag, 1. Dez., nachm. 3½ Uhr: Freivorstellung für die heimgekehrten Krieger des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 76. Ueber sämtliche Plätze ist verfügt. **Heimat-Dank.** Vorspruch von Leo Wulff, gesprochen von **Carl Wagner.** Hierauf: **Minna von Barnhelm oder das Soldatenglück. Franziska Clarissa Linden** von den städtischen Theatern in Leipzig als Gast.
Sonntag, 1. Dez., abds. 7½ Uhr: (Zu gewöhnlichen Preisen) **Der Schöpfer.**
Montag, 2. Dez., abds. 7½ Uhr: **Judith.**
Dienstag, 3. Dez., abds. 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**
Mittwoch, 4. Dez., abds. 7½ Uhr: **Der Schöpfer.**

Thalia-Theater.
Freitag, 29. November, 7½ Uhr: **Von 5—7.**
Sonnabend, 30. Nov., 7½ Uhr: Zum 1. Male: **Ein angebrochener Abend** Hierauf: Uraufführung! **Feuerzauber.**
Sonntag, 1. Dez., mitt. 12½ U.: Kl. Preise v. Mk. 0,50—2,70. Zum 25. Male: **Mudder Mews.**
Sonntag, 1. Dezember, nm. 3½ U.: Ermäß. Preise. **Die Witwe von Ephesus.** Abds. 7½ U.: Gewöhnl. Preise. **Ein angebrochener Abend.** Hierauf: **Feuerzauber.**
Montag, 2. Dezember, ab. 7½ U.: **Die Witwe von Ephesus.**
Dienstag, 3. Dezember, ab. 7 U.: Szenischer Vorspruch von Philipp Berges. Hierauf: **Die Journalisten.**
Mittwoch, 4. Dezember, 7½ Uhr: **Die Witwe von Ephesus.**
Donnerstag, 5. Dez., 7½ Uhr: **Ein angebrochener Abend** Hierauf: **Feuerzauber.**
Freitag, 6. Dezember, 7½ Uhr: **Ein angebrochener Abend** Hierauf: **Feuerzauber.**
Sonnabend, 7. Dez., nach. 3½ Uhr: Halbe Preise. Zum 1. Male: **Großmutter erzählt.** Ein Weihnachtraum in 6 Bildern von Erich Kühn, Musik von Horst Platen. Abends 7½ Uhr: **Johannisfeuer.**

Stempel
liefert schnell
Jean Holze
Besenbinderhof 70

Hamburger Stadt-Theater.
Freitag, 29. Nov., 6½ Uhr: **Aida.**
Sonnabend, 30. Nov., 6½ Uhr: **Carmen.**
Sonntag, 1. Dez., 1½ Uhr: **La Traviata.** Preise von ℳ 5,35 bis ℳ 0,65.
Sonntag, 1. Dez., 7½ Uhr: **Der Troubadour.**
Montag, 2. Dez., 6½ Uhr: **Die Jüdin.**
Dienstag, 3. Dez., 7 Uhr: **Martha.**

Altonaer Stadt-Theater.
Freitag, 29. Nov., 7 Uhr: **Thamar.**
Sonnabend, 30. Nov., 7½ Uhr: Neu einstudiert: **Der Hochzeitstag.** Vorher: **Unter blonden Bestien.**
Sonntag, 1. Dezember, 1 Uhr: **Wilhelm Tell.** Ermäß. Preise: Parkett ℳ 2,—, dazu der übliche Zuschlag.
Sonntag, 1. Dezember, 7½ Uhr: **Der Hochzeitstag.** Vorher: **Unter blonden Bestien.**
Montag, 2. Dezember, 7 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Dienstag, 3. Dezember, 6½ Uhr: 2. Ibsen-Zyklus (7. Vorstellung) **Peer Gynt. Klassiker-Zyklus** vom 9. bis 30. Dezember 1918 (8 Vorstellungen umfassend). Näheres siehe Anschlagsäulen.

Carl Schultze-Theater.
Direktion: **Herman Haller.**
Freitag, 29. Nov., ab. 7½ Uhr: **Der Zigeunerprimas.**
Sonnab., 30. Nov., nachm. 4 Uhr: 1. Kinder-Nachmittags-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen, Kinder zahlen auf allen Sitzplätzen die Hälfte. **Hänsel und Gretel.**
Sonnabend, 30. Nov., ab. 7½ U.: **Fatinitza.**
Sonntag, 1. Dez., nachm. 2½ Uhr: **Eva.**
Sonntag, 1. Dez., abds. 7½ Uhr **Fatinitza.**
Montag, 2. Dez., abds. 7½ Uhr **Der Zigeunerbaron.**
Dienstag, 3. Dez., abds. 7½ Uhr: **Fatinitza.**
Mittwoch, 4. Dez., nachm. 4 Uhr: 2. Kinder-Nachmittags-Vorstellung. **Hänsel und Gretel.**
Mittwoch, 4. Dez., abds. 7½ Uhr **Drei alte Schachteln.**

Neues Operetten-Theater.
Direktion: **Victor Palli.**
Anfang täglich abends 7½ Uhr.
Freitag, 29. November, Donnerstag, 5. Dezember: **Die Rose von Stambul.**
Sonnab., 30. Nov., Sonnt. 1. Dz., Montag, 2., Mittwoch, 4. Dezbr.: **Die drei Kavaliere.**
Dienstag, 3. Dezember, Freitag, 6. Dezember: **Die Csárdásfürstin.**
Sonntag, 3 Uhr, kleine Preise. **Die Csárdásfürstin.**
Dienstag, 3. Dez., sowie jeden Mittwoch und Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Die goldene Märchenwelt.** Weihnachtsmärchen.
Jeder Erwachsene 1 Kind frei.

Hamburger Volks-Oper.
Direktion: Carl Richter.
Freitag, 29. Nov., abds. 7 Uhr: In der Neueinstudierung: **Die Jüdin.**
Sonnabend, 30. Nov., nm. 4 U.: Kinder-Vorstell. Kinder 40 ₰ bis ℳ 2,—. **Ausd. goldenen Märchenzeit.** Tanzgastspiel Nanni und Tilli Dan, 7- und 9jährige Tanzkünstlerinnen, Elly Langer, 10jährige Fußspitzentänz., Käthe Lademann, 4jährige Fußspitzentänzerin. Abends 7½ Uhr: Gastspiel **Hugo Hansen** v. Thalia-Theater als Kaiser Josef II. **Die Försterchristl.**
Sonntag, 1. Dezbr., nchm. 4 U.: Preise 75 ₰ bis ℳ 4,20. **Der Trompeter v. Säkkingen.** Abends 7½ Uhr: **Der Bettelstudent.**
Montag, 2. Dez., abds. 7½ Uhr: **Zigeunerliebe.**
Dienstag, 3. Dezemb., ab. 7½ U.: 14. Vorstellung i. Dienstags-Abonnement (gerade) Gruppe A u. C. **Der Evangelimann.**
Mittwoch, 4. Dez., nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstell. Kinder 40 ₰ bis ℳ 2,—. **Ausd. goldenen Märchenzeit.** Ab. 7½ Uhr: **Der Zigeunerbaron.**

Schiller-Theater.
Direktion: **Hans Pichler.**
Freitag, 7½ Uhr: **Bachstelzchen.**
Sonnabend, 7½ Uhr, sowie ab Sonntag, täglich 3½ Uhr und 7½ Uhr: **Frau Holle,** Weihnachtsmärch. Jeder Erwachsene 1 Kind frei.
Sonntag, 11½ Uhr: **Emilia Galotti.**

Ernst Drucker-Theater.
Freitag, Anfang 7½ Uhr: **Antje, de lustige Stutenfroo von Finkenwarder.**
Sonntag, 1. Dez., nachm. 3 Uhr: Gr. Weihnachtsm. **Schneeweißchen und Rosenrot.**

Varieté Hammonia.
Gebr. Wolf
täglich abends 7½ Uhr.
Sonntags auch nachm. 3½ Uhr:
Varieté-
November-Spielplan.
Vorverkauf: **Wichers,** Steindamm, **Weymar,** Norderstrasse 109.

Eden-Theater
Heute, Freitag, 9½ Uhr;
Ringen.
Westergard-Schmidt, Weltmeister, gegen
Stange, Holstein. —
Randolphi, Meisterringer v. Oesterreich, gegen
Hissmann, Meisterringer v. Westfalen. —
Naber, Meisterringer v. Ostpreussen, gegen
Lubach, Meisterschaftsringer v. Deutschland.
Vorher der grosse Variété-Spielplan.
Anfang 7½ Uhr.

Hansa-Theater

Sonnabend: **November-Spielplan.**
Ab Sonntag, den 1. Dezember:
Neuer glänzender
Variete
Dezember-Spielplan
Graciella Dressurakt
Emil Merkel Mimiker
Paul Batty dressierte Bären
Lina Pantzer Tanzseil
Bernhardt-Trio akrobatische Neuheit
Paetzold-Truppe mit ihren Zukunftsrädern
Optischer Bericht mit neuesten Bildern
Ruth Stachowa Film-Künstlerin mit
Erich Schönfelder Film-Schauspieler in
Der Mann in der Anschlagsäule
Filmszene mit Gesang und Tanz.
Anfang 7,30 Uhr.